

Bezugspreis:

Für den Monat November 400. - M., voraus zahlbar. Lauer Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 500. - M., für das übrige Ausland 600. - M., Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopiergebühr kostet 120. - M. Reklamengeld 300. - M. „Kleine Anzeigen“ das feilgebrachte Wort 30. - M. (zählend zwei feilgebrachte Worte), jedes weitere Wort 24. - M. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 15. - M., jedes weitere Wort 12. - M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 25. - M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Verlagsprecher: Redaktion: Dönhofs 202-205 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 25. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Dörfel-Gesellschaft, Postfach Lindenstraße 3

Stürmische Reichstagsdebatte.

Die neue Regierung in Bedrängnis. - Der Sonderbündler als Reichsminister.

Ueber drei Dinge ist hier zu reden: über die Regierungserklärung, über den Antrag Peterßen und über den Fall Müller-Bonn.

Ueber die Regierungserklärung kann man sich am kürzesten fassen. Sie ist gute Geheimratsarbeit, alles läuft auf Kugellagern, es gibt keine Reibung und keine Stöße. Es entsteht infolgedessen auch keine Wärme. Da keinem ins Fettnäpfchen getreten wird, hat keiner Grund zu lärmern. Das gilt wenigstens für die Inlandswirkung. In Frankreich wird man vielleicht ein wenig darüber skandalisieren, daß die Erklärung zur Schuldfrage ein paar Worte sagt, die vom Ententestandpunkt aus etwas lehrerisch sind; man wird auch in der nationalistischen Presse wiederholen, Deutschland wolle nicht zahlen, sondern noch Geld haben. Aber das ist nur Wortspiel. Samen und außen sind Situationen möglich, die eine starke Zusammenfassung moralischer Kräfte erfordern. Wird die neue Regierung imstande sein, solche Kräfte zu wecken und zu sammeln?

Auf diese bange Frage an das Schicksal wagt keine bürgerliche Partei Antwort zu geben. Herr Marx erklärt, diese Regierung sei keine Regierung der Arbeitsgemeinschaft, die Parteien behielten ihr gegenüber freie Hand. Alle sind bestrebt, Distanz zu markieren. Genosse Breitscheid jagt, daß die Arbeiterklasse zu dieser Regierung kein Vertrauen habe, daß man ihr nur das Leben gönne, damit sie Illusionen zerstören könne, mit denen sie von anderer Seite begrüßt werde. Herr Hergt sieht in Cuno einen Fortschritt gegenüber Wirth - der von Marx und Breitscheid so viel Lob bekommt, daß Herr Cuno mit dem hundertsten Teil davon zufrieden wäre - und will seiner Regierung die verfassungsmäßigen Möglichkeiten zur Fortführung seiner Existenz gewähren. Herr Schiffer hält einen staatsrechtlichen Vortrag und bemüht sich, so wenig wie möglich über die neue Regierung zu sagen.

So entspricht es der Stimmung des Hauses, wenn Herr Peterßen folgenden Antrag einbringt, durch dessen Annahme die Programmdebatte abgeschlossen werden soll:

Der Reichstag hat die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis genommen. Er billigt, daß sie (die Erklärung?) Red. d. B. die Note vom 13. November zur Grundlage ihrer Politik machen will.

Hier schafft Gewohnheitsrecht neues Staatsrecht. Nach der Verfassung bedarf die Regierung des Vertrauens des Reichstags. Folgerichtig müßte jede Regierung in jeder entscheidenden Debatte darauf bestehen, daß ihr der Reichstag ausdrücklich das Vertrauen bekundet. In der Praxis beschränkt man sich schon lang auf Erklärungen, die in irgendeiner Fassung die Worte enthalten: „Der Reichstag billigt.“ Also nicht Vertrauensvotum, sondern Vertrauensvotum-Ersatz! Je unsicherer die Mehrheitsverhältnisse werden, desto dünner wird dieser Ersatz, und was man jetzt als solchen präsentiert, ist eine wässrige Lösung, in der ein Milligramm feste Substanz auf hundert Hektoliter Wasser kommt. Der Reichstag billigt - was? Nicht die Regierungserklärung, die nimmt er nur „zur Kenntnis“; er billigt nur, daß die Regierung die Note vom 13. November zur Grundlage ihrer Politik - nicht macht, sondern „machen will“. Gebilligt wird nur die letzte Tat der alten Regierung und das Versprechen der neuen, in ihrem Sinne weiterzuwirken. Das erinnert ein wenig an die Geschichte, wie Friedrich Wilhelm IV. nach seinem Regierungsantritt im Tiergarten eine an einen Baum genagelte tote Lohse fand, mit dem Spruch darunter: „Regiere wie dein Vater, sonst geh's dir wie diesem Vater.“ Aber war das ein „Vertrauensvotum“?

Für den Antrag Peterßen werden fast alle Parteien aus den verschiedensten Gründen stimmen. Das heißt: die Regierung wird vom Reichstag nicht geradezu gleich wieder weggeschickt. Und dies ist das neue Staatsrecht, das sich daraus entwickelt: Jede Regierung kann so lange bleiben, als ihr der Reichstag den Mangel seines Vertrauens nicht wörtlich bekundet. Vorhandensein von Vertrauen wird stillschweigend vorausgesetzt, solange nicht das Gegenteil durch Abstimmung festgesetzt ist. Ob diese Entwicklung dem parlamentarisch-demokratischen System zuträglich ist, mag ein andermal auseinandergesetzt werden.

Drittens: der Fall Müller-Bonn. Die Enthüllungen über dieses schändlichste Mitglied des neuen Kabinetts, die der „Vorwärts“ gestern morgen machte, sind von den Genossen Breitscheid und Sollmann im Reichstag fortgesetzt worden; man mag sie an anderer Stelle nachlesen. Festzustellen ist, daß kein Mitglied der Regierung, kein Mitglied des Reichstags auch nur Miene machte, für den Angegriffenen einzutreten. Auch der Reichskanzler Cuno beschränkte sich darauf, eine objektive Untersuchung der An-

gelegenheit anzukündigen; er unterließ jeden Versuch, den Ministerkollegen zu decken. Was Herr Müller-Bonn selbst über sein Verhältnis zur rheinischen Sonderbünderei sagte, war halb Geständnis, halb schwächlicher Beschönigungsversuch. Wenn man durchaus Herrn Müller-Bonn beifpringen wollte, so könnte man bestenfalls sagen, daß sein Verhalten vor drei Jahren ein Beweis schlimmster politischer Unreife gewesen sei. Damit kann man zur Not Herrn Müller menschlich entschuldigen, nicht aber die Tatsache, daß er zum Minister ernannt wurde. Diese Ernennung war zweifellos ein schwerer Mißgriff, für den der neue Reichskanzler die Verantwortung trägt, denn die Ernennung der Minister erfolgt auf seinen Vorschlag. Nun bleibt nichts anderes übrig, als das Malheur zu reparieren, indem man diesen Herrn Müller schleunigst wieder verschwinden läßt.

Die Sozialdemokratie kann mit dem Verlauf des gestrigen Tages zufrieden sein. Nicht nur haben ihre beiden Redner ihre Sache ausgezeichnet geführt, es hat sich auch sofort gezeigt, daß die bloße Konstruktion der „überparteilichen“ sozialistischen Regierung wenig Aussicht auf langen Bestand hat. Viele, die der gestrigen Reichstagsdebatte beiwohnten, werden durch ihren Verlauf bestärkt sein in der Ueberzeugung, der Genosse Breitscheid am Schluß seiner Rede kraftvollen Ausdruck gab, daß in Deutschland ohne oder gar gegen die Arbeiter nicht mehr regiert werden kann.

Der Schluß der Regierungserklärung, die Reichskanzler Cuno

am gestrigen Freitag im Reichstag verlesen hat, lautet:

Bei allem Bemühen um die Beförderung unserer Wirtschaft wird von weiten Kreisen unseres Volkes Entbehrung nicht ferngehalten sein. Der Staat ist arm. Es wäre eine Täuschung, wollte die Regierung allen Notleidenden baldige, voll ausreichende Hilfe zusagen. Aber auch das verarmte deutsche Volk wird die Pflicht bestmöglicher Hilfe denen gegenüber empfinden und erfüllen, die, wie die Kriegsschädigten, selbst ihr Bestes für Deutschland gegeben haben, die, wie die Sozialrentner, ihre Arbeit der Wirtschaft gewidmet haben, oder endlich, wie so viele Kreise unseres in Kummer und Sorge sinkenden alten Mittelstandes, nach einem Leben der Arbeit ein Opfer ihres Vertrauens auf Staat und Wirtschaft geworden sind. Die Fürsorge für diese Kreise hat sich schon die bisherige Regierung angelegen sein lassen, und die jetzige Regierung wird hierin fortfahren; sie glaubt dabei der Zustimmung aller Parteien sicher zu sein.

Beträchtliche Mittel sind erforderlich.

Infolge der Not des Reiches werden diese Mittel begrenzt sein. Deshalb ist es Pflicht, mit den Mitteln des Staates hauszuhalten und durch die Art ihrer Verwendung einen möglichst hohen Wirkungsgang zu erzielen. Im Zusammengehen mit den Ländern sind Mittel und Wege zu suchen, der viel beklagten Zersplitterung in der öffentlichen Fürsorge zu begegnen. Getrennt wirkende Kräfte müssen zu einheitlichem Handeln und erhöhten Leistungen in Formen zusammengeschlossen werden, die auch die verantwortliche Arbeit der Selbstverwaltung fördern.

Aber der Staat kann nicht alles Notwendige leisten. Ich benutze diese Stunde, da ich zum deutschen Volk rede, alle aufzurufen, nach besten Kräften den in Not geratenen Volksgenossen zu helfen. Ich nenne ein Wort, das alle zu Hilfe rufen müßte:

die wachsende Not deutscher Länder.

Von Herzen dankt das deutsche Volk in seiner Verarmung menschlichen Spendern aus allen Ländern. Eine der drückendsten Sorgen bildet der kriegstraurige Stand unseres Wohnungswesens. Die Geldentwertung macht durchgreifende Abhilfe unmöglich, desto mehr müssen alle Wege benannt werden, um sowohl durch Aufbringung größerer Geldmittel wie durch möglichste Verbilligung und Vereinfachung des Bauens wenigstens ein beschränktes Bauprogramm durchzuführen.

Rot bedrückt auch die deutsche Geistesarbeit. Welche Gefahren hierin für die Kultur der Welt liegen, ist auch aus dem Auslande in hochherzigen Spenden anerkannt worden, für die das deutsche Volk dankbar ist. Aber auch das Reich wird tun, was es in seiner bescheidenen Lage kann, um angesichts der schweren Notstände die Kulturräte Deutschlands zu schützen und seinen geistigen Besitz vor dem Verfall zu bewahren; es vertraut hierbei dem deutschen Geiste, der auch in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges aus freier Höhe geblieben ist. Die Grundzüge höchster Leistung, wie höchster Sparsamkeit wird die Regierung im besonderen im öffentlichen Haushalt durchführen.

Was an Behörden entbehrlich werden kann, wird in bewachter Beschränkung der Staatsaufgaben auf das unbedingt Notwendige abgebaut werden.

Die Staatsbetriebe sollen auf dem Wege zu höchstmöglicher Leistung bei geringstmöglichem Kräfteverbrauch unter voller Wahrung des Reichseigentums weitergeführt, Gehalts- und Lohnpolitik so sehr, als soziale Rücksichten es zulassen, der Kürze und dem Auf-

stieg der Tüchtigen dienstbar gemacht werden. Damit soll der alte, gute Beamtengeist nicht beeinträchtigt, er soll vielmehr mannigfaltig drohenden Gefahren gegenüber gestiftet und neu entwickelt werden.

Es bedarf keiner Darlegung, wie unbedingt notwendig angesichts der Fülle der Aufgaben

die höchstmögliche Steigerung der Reichseinnahmen ist. Dazu wird angestrebt werden: Steuererleichterung, Steuererhöhung und -erhebung zu vermeiden, die Steuer möglichst an der Quelle zu erfassen, die Veranlagung durch Ausbau des Dienstes immer zuverlässiger zu gestalten, die Einziehung zu beschleunigen und Sicherheit dafür zu gewähren, daß dem säumigen Schuldner aus verspäteter Zahlung mit schlechterer Art kein Vorteil erwächst. Darüber, daß auch schwerste Opfer der Leistungsfähigen nicht gespart werden dürfen, ist die Regierung mit diesem Hause einig.

So wollen wir, meine Damen und Herren, in unserer Wirtschaftspolitik - dies Wort im weitesten Sinne genommen - die Gebote der Wirtschaftsverantwortung mit warmem Sinn für Volkswohl und sittliche Erfordernisse zu erfassen und vereinen trachten. Lassen Sie uns auf dieser Grundlage - darum bitte ich Sie namens der Gesamtregierung - auch im Streit der Zweckmäßigkeiten

die Ehrlichkeit und die gute Absicht unserer Bemühungen gegenseitig anerkennen; denn uns allen kann um nichts anderes zu tun sein, als um das Wohl des ganzen Volkes, seiner selbständigen Schichten, seiner Geistesarbeiter wie auch der industriellen Arbeiterklasse, ohne deren fruchtvolle Mitarbeit Staat und Wirtschaft nicht gedeihen können. Ob wir aus dem in Arbeitswillen und in der Arbeitskraft unseres Volkes gegebenen guten Voraussetzungen das Ziel erreichen können, unsere Wirtschaft wieder gesund und fest zu gestalten, hängt zum Teil von uns, zum anderen Teil vom Ausland ab. Ich weiß, daß Deutschland des Verständnisses und des guten Willens bedarf, worauf es nach der Ehrlichkeit seines Willens und der Größe vergangener und zukünftiger Leistungen ein Recht hat. Den nationalen und kulturellen Zusammenhalt mit den abgetrennten Gebieten im Auge, in dessen Pflege wir an den selbstbewussten Völkern unserer Kriegsgegner manches Beispiel haben, wird die Regierung ihre Kraft dem friedlichen Zusammenleben mit den Völkern widmen, aus deren Wirtschaftsbeziehungen Deutschland nicht ohne schwersten Schaden der anderen Völker gestrichen werden kann.

Das gilt für alle Länder Europas ohne Ausnahme. Jeder, der zur friedlichen Zusammenarbeit bereit ist, ist uns willkommen. Aber ebenso wird die Regierung sorgfältig alle überseits Beziehungen pflegen, insonderheit mit den großen Nationen, mit denen entzweit zu werden das Unglück Deutschlands und Europas war. Wir persönlich wird es eine Freude sein, die vertrauensvollen Beziehungen, die ich mit Wirtschaftsführern des Auslandes gewonnen habe, nun unmittelbar für den Dienst des Reiches fruchtbar zu machen.

Auch in diesem wirtschaftlichen Zusammengehen ist es wichtig, die Auslandsdeutschen, die durch Krieg und Friedensschluß schwere Einbußen erlitten haben, in einer Form zu entschädigen, die bei aller Beschränktheit unserer staatlichen Mittel die Wiederaufnahme kultureller und ökonomischer Pionierarbeit ermöglicht. Es muß gelingen, das Entschädigungsverfahren auf eine möglichst geschäftliche Basis zu stellen, zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Was wir treiben werden, soll eine ehrliche schlichte deutsche Politik sein, die

nichts mit den Schlagworten einer Ost- oder Westpolitik zu tun hat. Solche Gegenüberstellung erweckt den Anschein, als wollten wir den Osten gegen den Westen oder den Westen gegen den Osten ausspielen. Dazu sind wir weder willens noch imstande. Aus dem Unfrieden anderer Mächte wird Deutschland keinen Vorteil ziehen, sondern lediglich Nachteile verhängnisvoller Art erfahren. Was Deutschland und nicht nur Deutschland, sondern die Welt und die Weltwirtschaft brauchen, ist nicht Uneinigkeit, sondern Einigkeit und Arbeit, und ist für Deutschland im besonderen der Blick ins Freie und in eine bessere Zukunft. Wohl wissen wir, daß Deutschland deutsch bleiben wird und keines seiner Länder dem Herzen und dem Geiste nach von Deutschland abgetrennt werden kann. Aber der Möglichkeit wollen wir offen ins Auge sehen, daß es Bestrebungen jenseits der Grenzen gibt, die auf neue Bedrückungen und Eingriffe abzielen. Mit Sorge sind gerade in diesen Tagen die Blicke auf die schwergeprüfte Bevölkerung der besetzten Gebiete am Rhein gerichtet, die nun schon seit vier Jahren mit bewundernswürdiger Geduld die harten Leiden und Lasten einer Besetzung trägt, deren Art vielfach dem Kulturrempfinden der getriebenen Welt widerspricht. Wir danken unseren deutschen Landesleuten für ihre Treue; aus ganzem Herzen wollen wir ihr Los nach Kräften erleichtern und die Verbundenheit der besetzten Gebiete mit Reich und Ländern festigen. Für die Regierung wiederhole ich, was Reichsminister Rathenau zwei Tage vor seinem tragischen Ende hier erklärte: Die Regierung wird niemals bereit sein, besetztes deutsches Gebiet, das Rheinland oder die Pfalz oder das Saargebiet, preiszugeben, ihre Befreiung zu gefährden oder auch nur um einen Tag hinauszuschieben zu lassen. Eindringlicher als alles andere, meine Damen und Herren, mahnt diese Sorge um deutsches Land am Rhein zu stärkster, heißter Einmütigkeit der Gesinnung. In der Tat, jetzt ist

keine Zeit zu Verfassungsstreitigkeiten!

Wenn Deutschland Herzenssache ist, dienen mit uns auf dem Boden unserer Reichsverfassung diesem unseren deutschen Staate. Der kommende Winter wird, so fürchte ich, Not und Verbitterung

in unserem Volke steigern. Wir werden alle Sorge des Herzens anwenden, sie zu lindern. Aufrührer und Gewalt würden nichts bessern, sondern die Not steigern und die letzten moralischen und wirtschaftlichen Hoffnungen zertrümmern. Sie würden deshalb die volle Kraft des Staates auf dem Plane finden. Ich bitte darum alle, die in unserem Volke Einfluß haben, sich für die Erhaltung der Ordnung und für ruhige Einsicht einzusetzen.

#### Kein Staat kann ohne Autorität sein.

Die Sorge für die Staatsdiener, die diese Autorität auszuüben und zu schützen haben, wird der Regierung immer wichtiger, nie aber, der ich selbst als Beamter erfahren, was echtes Beamtenum bedeutet und dem Staate gibt, auch eine persönliche Herzensache sein. Reichswehr und Reichsmarine, die in glücklicher Vereinigung aller soldatischen Tugenden mit vorbehaltlosem Gehorsam für Staat und Verfassung immer mehr dem Gegenstand der Parteien ertrückt und der Volksgemeinschaft näher gekommen sind, haben ein Recht auf gleiche Fürsorge und Achtung. In unserer Rechtspflege ist die Erhaltung einer unparteiischen, vom Vertrauen des Volkes getragenen Rechtsprechung selbstverständliches erstes Gebot. Unser staatsrechtlicher Aufbau ist in manchem neu und unstritten, auch im Verhältnis zu den Ländern. Ich bedauere es nicht, daß die Länder eine härtere Lebenskraft zeigen, als viele in den Jahren der Kampfzeit gaben. Ich freue mich dessen vielmehr, weil so Werte der Heimat- und Staatsliebe entwickelt werden, die letzten Endes auch dem großen Reich zugute kommen. Darum wird die Reichsregierung aus Überzeugung die Rechte der Länder, wie sie bestehen, wahren, ihre verfassungsmäßige Mitarbeit an den Angelegenheiten des Reiches gerne pflegen und Wünschen nach freier Entfaltung möglichst bis zu jener von seiner Reichsregierung überprüfbarsten Grenze erfüllen, die die schon im Bismarckschen Reich weit ausgedehnte notwendige Rechtsgemeinschaft der deutschen Staatsbürger oder die Einheit des Reiches zugehen.

Wir glauben damit auch dem allgemeinen großen Ziel zu dienen, alles, was unser Volk aus einer reichen Geschichte an gutem alten Wesen, an religiösen und kulturellen Werten überkommen hat, mit dem, was die neue Zeit an Gütern bringt und Notwendigen fordert, zu innerer Einheit zu verbinden. — In einer realpolitischen Flug abwegenden, aber warm fühlenden, in Geschichte und Kultur unseres Volkes gegründeten wahrhaft deutschen Staatsgesinnung.

Dies, meine Damen und Herren, ist der Geist, in dem wir die Arbeit beginnen. Ich suche Zustimmung und Mitarbeit hierfür, nicht um der Reichsregierung willen, von deren Mitgliedern keines sein Amt als Günst des Schicksals betrachtet, sondern als Pflicht gegenüber der Not des Vaterlandes.

Nicht um Personen und Wort geht es, sondern um Arbeit und Tat, und darum werde ich bei Ihnen, meine Damen und Herren des Reichstages, wie über die Fraktionen dieses Hauses hinaus bei unserem ganzen Volke, daß alle lebendigen Kräfte sich auf dieser einfachen Linie zur Rettung Deutschlands vereinigen.

Dieses Wort ist nicht zu stark; denn Deutschland ist in schwerster Gefahr. Wir wissen nicht, ob ihm aus übermächtigen Willen der normaligen Kriegsgegner neue Not beschieden oder ihm ermöglicht sein wird, den Weg der Gelung zu beschreiten.

Für beide Fälle lassen Sie uns arbeiten an der Einheit unseres Volkes und der Tüchtigkeit seiner Führung. Lassen Sie uns unserer inneren Einheit über manche Verhütung hinweg nun aufrichtig und in der Tat bewußt werden. Was uns auch beschleiden sein mag, unsere Arbeit wird nicht vergebens sein; Deutschland kann bedrückt und bedrängt werden, aber es kann nicht untergehen, wenn es sich nicht selbst aufgibt.

Nachdem der Reichskanzler geschlossen hatte, trat die zweitägige Pause für die Fraktionsbesprechungen ein. Gegen 145 Uhr eröffnete Präsident Völs die Sitzung wieder und erteilte als ersten Redner in der Besprechung der Regierungserklärung das Wort dem Redner unserer Fraktion.

#### Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Die Wurzel zu der Regierungskrise, die eben beendet worden ist, liegt in dem Selbstbewußtsein der widerstandsfähigen Macht des Kapitalismus, der mit Erfolg ver sucht hat, den sozialdemokratischen Einfluß in der Regierung zurückzubringen. Zu diesem Zwecke sollte die Deutsche Volkspartei in das Kabinett aufgenommen werden. Als im Jahre 1918 das alte Regime zusammenbrach, war es dem Bürgerum sehr angenehm, daß die Sozialdemokratie die Verantwortung übernahm und wieder geordnete Zustände herbeiführte. (Lachen rechts. — Beifall links.) Später, als die Bürgerlichen wieder aus ihren Rauschschänken hervorkamen, erhoben sie die Forderungen nach Teilnahme an der Regierung. Es kam damals die Koalition zustande, die durch die Regierung Fe hrenbach unterbrochen wurde. Dieses erste rein bürgerliche Kabinett im neuen Deutschland legte noch großes Gewicht auf die Zusammen-

arbeit mit der sozialistischen Arbeiterschaft. Seine Politik war darauf eingestellt, der Sozialdemokratie eine wohlwollende Neutralität zu ermöglichen. Damals diskutierte man sogar in der Regierung noch die Frage der Sozialisierung. (Sehr wahr!)

Die neue Krise rührte daher, daß die bürgerlichen Parteien ihren Einfluß verstärkten und den sozialdemokratischen herabdrücken wollten. Der Beginn der Krise fiel zusammen mit der Ermordung Rathenaus. (Sehr richtig!) Damals erklärte sich die Unabhängige Partei — ungeachtet ihrer bis dahin festgehaltenen grundsätzlichen Ablehnung einer Koalition mit bürgerlichen Parteien — bereit, zum Kampf für die Republik in das Kabinett Birth einzutreten. Das Bürgerum antwortete mit einem glatten Nein. Nicht die Angst vor dem Radikalismus der Unabhängigen Partei, sondern die Angst vor der Erstickung des sozialistischen Einflusses war der Grund zu dieser Haltung der Bürgerlichen. Es wurde gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft die der bürgerlichen Parteien mit der Deutschen Volkspartei gebildet und der Keim zur Krise gelegt. Beim Wiederauftritt des Reichstages sollte die Rekonstruktion des Kabinetts erfolgen. Die Sozialdemokratie erklärte sich bereit, Wirtschaftler in das Kabinett aufzunehmen. Ueber Nacht aber, wie aus der Pistole geschossen, gelangte an sie die Aufforderung, die Deutsche Volkspartei in die Regierung aufzunehmen. Das mußten wir ablehnen. Ich betonte nochmals ausdrücklich, nicht irgendeine persönliche Vereinigung mit gegen den damaligen Reichskanzler Dr. Birth, sondern rein sachliche Momente haben uns zu dieser Stellungnahme gezwungen. Wir unterschreiben, was der Reichskanzler über die Tätigkeit seines Amtsvorgängers gesagt hat und sind davon überzeugt, daß das

#### deutsche Volk Dr. Birth noch einmal Dank wissen wird

für seine Arbeit. (Lebh. Beifall bei den Soz.) Dank vor allen Dingen Herrn Dr. Birth für sein rückhaltloses Bekenntnis zu der deutschen Republik. (Stürmischer Beifall links.) Wir leugnen nicht, daß wir in letzter Zeit gewisse Bedenken gegen die Haltung des Reichskabinetts in verschiedener Beziehung gehabt haben. Wir haben es peinlich empfunden, daß man an uns das Verlangen stellte, die Deutsche Volkspartei in die Regierung aufzunehmen. So redet man nicht mit der größten Verehrung des deutschen Reichstages. (Lebh. Sehr richtig links.) Aber das konnte alles nicht maßgebend für unsere Haltung sein. Den Ausschlag gab einzig und allein die Tatsache, daß wir einfach mit der Deutschen Volkspartei nicht zusammenarbeiten können. Die deutschnationale Presse in ihrer Armut an Argumenten hat von dem Dolchstoß gesprochen, den wir in den Rücken des Kabinetts Birth geführt haben sollen. Diese Dolchstoßlegende ist ebenso erfunden wie die vom Krieger. (Sehr gut links.) Herr Dr. Stresemann hat unlängst in der „Zeit“ durchaus sachlich dargelegt, daß es uns unmöglich war, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen. Man macht uns den Vorwurf, daß wir von der Volkspartei immer nur als von der

#### Stinnes-Partei

reden. Wir werden auch in Zukunft die Volkspartei als die Stinnes-Partei ansprechen. Herr Stinnes wird nicht leugnen, daß er mit sehr lauen Gefühlen der Stabilisierung der Mark gegenübersteht. Zudem jongliert er bei jeder Gelegenheit mit dem Jahrestudentag herum. Die Volkspartei wird für diese Tätigkeit eines ihrer hervorragendsten Fraktionsmitglieder solange die Verantwortung tragen, solange sie nicht ganz scharf den Trennungspunkt zwischen sich und den Regierern des Herrn Stinnes zieht. (Heiterkeit bei der D. Pa.)

Die freundliche Aufnahme, die diese meine Worte bei der Volkspartei gefunden haben, zeigt, daß sie das Treiben des Herrn Stinnes nicht als Heerei ansieht. Daher werden Sie (zur Volkspartei) in ebensolcher Verdamnis schmoren. Zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei besteht allerdings kein großer Unterschied. Man kann sich da wohl darüber wundern, daß manche ihrer Mitglieder noch nicht zur Volkspartei übergegangen sind. Wenn wir aber trotzdem mit den Demokraten in der Regierung zusammengehen, so dann nur deshalb, weil man mit ihr als einer kleineren Gruppe noch regieren konnte. (Heiterkeit.)

Das Kabinett Cuno ist ein Nothelfer. Der Brief Cunos an den Reichspräsidenten, mit seinem Tadel an parlamentarisch selbstverständlichen Forderungen der Fraktionen, klang etwas italienisch; aber ich glaube allerdings nicht, daß Herr Cuno den Ehrgeiz hat, Mussolini zu kopieren. (Lachen bei den Dem.) Meine Herren Demokraten, daß Sie keine Mussolinis sind, das glaube ich Ihnen! (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause und auf den Tribünen.) Wir haben es hier nicht mit der angeklügten überparteilichen Regierung, sondern mit einem

#### Kabinett der Arbeitgemeinschaft

zu tun, dessen Feigendiehl Herr Cuno ist. (Große Heiterkeit.) Was Herr Cuno in seiner Programmrede gesagt hat, haben wir von seinem Plähe aus schon oft gehört, nur daß früher aus dem Munde

Dr. Birth immer ein ehrliches Bekenntnis zur Republik kam. Die Sozialdemokratie ist mit der Tendenz der Note vom 13. November einverstanden und billigt es, daß die Regierung ganz allgemein diese Note zur Grundlage ihrer Politik machen will. Das bedeutet aber nicht, daß wir zu ihr das Vertrauen haben, daß sie diesen Kurs fortsetzen kann und wird. Jeden Versuch zum Abbau der Zwangswirtschaft, wie er von dieser Regierung zu erwarten ist, werden wir unter den bestehenden Verhältnissen energig abwehren. Die

#### Erhöhung der Produktion

durch Erhöhung der Leistungsfähigkeit ist ein altes sozialdemokratisches Grundprinzip. Wir werden aber nie und nimmer zugeben, daß die Produktionssteigerung erfolgt auf Kosten des Achtstundentages. Wir treten in den Kampf für diese Erhaltung der Revolution, gegen wen es auch immer sei. Stinnes fordert Mehrarbeit, legt jedoch sein Geld statt in neuen Kohlengruben in unproduktiven, aber sehr profitablen Geschäften an. Es ist immer noch den Wirtschaftlern gerufen worden, die in das Kabinett Birth eintreten sollen. Dabei ließ man im Dunkeln, ob private oder Volkswirtschaftler gemeint sind, was keineswegs dasselbe zu sein braucht. Wo sind aber selbst die Privatwirtschaftler geblieben? Sie haben es verschmäht, selbst in das Kabinett Cuno einzutreten, weil es ihnen mehr Gewinn bringt, wenn sie in der Industrie bleiben. Sie schicken höchstens ihre jungen Leute in das Kabinett.

#### Der neue

#### Ernährungsminister Dr. Müller-Bonn

genießt im Rheinland nicht nur als Führer der extremen Agrarier eine wenig ehrende Bekanntheit. Zum Protest gegen die Sperrfrist für Volksabstimmungen über die politische Neugliederung des Reichsgebietes wurde am 4. August 1919 in Köln unter dem Vorsitz von Dr. Müller-Bonn eine Versammlung abgehalten, die folgenden Beschluß faßte:

Die am 4. August 1919 in der Bürgergesellschaft in Köln zahlreich versammelten Frauen und Männer aus allen Teilen des besetzten Gebietes, die den verschiedensten Parteien angehören und hinter denen Millionen ihrer Mitbürger stehen, erheben Widerspruch gegen die Einführung einer Sperrfrist und werden nicht ruhen und ruhen, um Sturm zu laufen gegen diese gegen ihren Willen entstandene Bestimmung. Sie verlangen sofortige Abstimmung über die Frage einer rheinischen Republik zur Klarstellung des Volkswillens. Die Freunde der rheinischen Republik werden gebeten, unermüdet an allen Orten Organisationen zu schaffen, um den Gedanken des rheinischen Freistaates in die Tat umzusetzen.

In dieser Entschloßung ist zweimal vom rheinischen Freistaat die Rede; aber mit keinem Wort davon, daß dieser Freistaat im Rahmen des Reiches bleiben soll. (Stürmischer Beifall, hört links. — Große Erregung im Hause und auf den Tribünen.) Während der Reichskanzler vorhin so gefühlvolle Worte über das besetzte Gebiet und seine unauflösbare Verbindung mit dem Reich sprach, sah dieser Herr Reichsminister Dr. Müller-Bonn neben ihm. (Hört, hört!) Wir erwarten, daß der Reichskanzler die gegen Dr. Müller-Bonn erhobene schwere Beschuldigung an der Votrennungsgastation schleunigst untersuchen läßt! (Lebhafte Zustimmung.) Auch

#### gegen Herrn Becker-Hessen

haben wir höchste Bedenken kritischer Art. Er wird genau den entgegengelegten Kurs nehmen, der bisher im Wirtschaftsministerium gesteuert wurde: für das Großkapital, für den Besitz, gegen die Arbeiter. Dagegen gibt es nur schärfste Opposition. Mit diesen Kollegen kann der Herr Reichskanzler den versprochenen Kurs nicht einhalten. Zur Lösung der in der Note vom 13. November angelegten Probleme gehören andere Männer, dazu genügt nicht allein der

#### Appell an die Staatsautorität.

Damit kommt man nicht durch diesen Winter! (Lebh. Zustimmung links.) Mit der Besetzung des neuen Außenministers v. Rosenbergs ist in dem Rubensartikel eines Mittagsblattes seine Tätigkeit bei den Friedenskonferenzen von Brüssel-Briemel und Bukarest verknüpft worden. Wir erwarten in unserer Außenpolitik zu einer Verständigung mit Frankreich kommen, das ist die Lebensfrage für uns, für Europa und die ganze Welt. Zu dieser Verständigung zu gelangen, dazu ist nicht nur der Wille zum Wiederaufbau, sondern auch der

#### Abbau der Gewaltpolitik bei uns

notwendig. Herr Becker-Hessen ist nicht nur unser wirtschaftlicher, sondern auch unser politischer Gegner. Er hat die Erfüllungspolitik

## Der russische Bonapartismus.

Zus Moskwa wird uns geschrieben: Die sozialen und politischen Verhältnisse, die gegenwärtig in Sowjetrußland herrschen, sind so eigenartig und in geschichtlicher Hinsicht interessant, daß sie eine aufmerksame Prüfung beanspruchen. Im Innern des Landes vollzieht sich ein gewaltiger und komplizierter Prozeß, den man in einem gewissen Sinne als „Bonapartismus“ der russischen Revolution bezeichnen kann. Diese Erscheinung deutet sich freilich nicht in allen Punkten mit ähnlichen Erscheinungen der großen französischen Revolution, sie weist aber dennoch viel wesensgleiche Züge auf.

Das gegenwärtige Leben in Sowjetrußland ist neu und eigenartig. Man könnte sagen, daß es von einem gigantischen Seufzer der Erleichterung erfüllt ist. Allerdings nimmt die industrielle Krise an Umfang und Stärke zu; in allen Teilen des Reiches leiden und kämpfen die Ueberbleibsel des russischen Proletariats für ihre elementarsten Rechte und Interessen; einzelne Schichten der Bauernschaft sind noch immer schwer vom Hunger heimgeschickt; aber die ganze übrige Kleinbürgerliche Klasse der Bevölkerung ist zu einem neuen Leben erwacht.

Der Grundzug der allgemeinen Stimmungen ist die Abkehr von der Politik und die Hier nach neuen Lebensentwürfen. Von dieser Welle sind bis zu einem gewissen Grade auch die an der Macht befindlichen Kreise der herrschenden kommunistischen Partei erfaßt. Jahrelange Emporkommnisse aus der Arbeiterklasse und Ansehenslose des Kleinbürgertums, die auf dem Wege über die kommunistische Partei zur Macht gelangten und durch sie die in ihnen schlummernden Kräfte und Fähigkeiten zu entfalten vermochten, haben in ihrer privilegierten Stellung eine ganze Reihe von Lebensgrößen kennengelernt, die sie jetzt nicht preisgeben vermögen. Manche von ihnen haben nicht nur das bequemere Leben, sondern auch den Luxus niedergekommen. Hinzu kommt, daß die nervöse Anspannung in den Jahren des Bürgerkrieges und häufig die moralische Korruption, die die primitiv-grobiane Tätigkeit an der Front und in der „Tscheka“ herausbesorger, eine elementare Hier nach gedanklicher, ungeschätzter Befriedigung rein körperlicher Bedürfnisse nach sich gezogen hat. Deshalb geraten in den Bannkreis der „schönen“ Regierungsgewalt, deren innere Umwandlung durch den Bürgerkrieg, durch die antidemokratische Staatsordnung und durch jenes bürgerliche Milieu vorbereitet worden ist, in das die gegenwärtige Gewalt durch den Lauf der Geschichte hineingeführt wird. Für alle diese „roten Direktoren“, Leiter der Wirtschaftszweige, Mitglieder der Exekutivkomitees und der Verwaltungsbehörden tritt die Erinnerung an ihr früheres trübes und schweres Leben immer mehr zurück und der Kampf der Arbeiter in der Gegenwart erscheint ihnen feindselig und fremd. Sie wollen selber leben und das Leben genießen. Unwillkürlich treibt aus der Weggenahenheit die Periode des französischen Despotismus auf, die durch dieselbe Abkehr von der Politik, das überaus hohe Niveau in den Kämpfen und den Triumph der herrschenden Kreise gekennzeichnet wurde.

Auf diesem Hintergrunde und in dieser Atmosphäre vollzieht sich

die weitere soziale Lösung der bürgerlichen Diktatur von dem Proletariat und den breiten Volksmassen, vollzieht sich der Prozeß ihrer Ausrückung in ein bonapartistisches Regime. Die herrschende soziale Schicht löst sich einerseits auf in dem sie umgebenden bürgerlichen Meer und fällt andererseits zum Opfer ihres eigenen Regimes, indem sie sich in den denkbar schärfsten Gegensatz zu ihrer sozialen Herkunft und ihrer früheren Ideologie stellt. Geschieht durch eine antidemokratische Diktatur, losgelöst von der Masse durch ihre privilegierte Lebensstellung, ändern sich diese Leute, die an das Sauerkraut einer bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaft gewöhnt sind, auch geistlich und moralisch; der Glaube an die starke Faust und die Berechtigung aller Freiheiten wird mehr und mehr zum Symbol ihrer jetzigen „Ueberzeugungen“.

Das Leben gestaltet sich immer prosaischer. Haben die Cadres der herrschenden kommunistischen Partei in den letzten Jahren die zynische Schale des ständigen Besagens der Masse und der Inzenerierung Potemkinscher Dörfer durchgemacht, so sind sie jetzt in ihrer Praxis offener geworden, und vertreten ungeschämt die Interessen der Polizei und der Bourgeoisie. Die geistigen und kulturellen Befreiungen sind weit in den Hintergrund gerückt und werden — im Gegensatz zu den Kreisen der Arbeiterklasse und der studierenden Jugend — nur von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe der herrschenden kommunistischen Schicht vertreten.

Dieses ganze Leben des neuen bürgerlichen Aufstiehs grenzt sich scharf ab von dem Leben des russischen Proletariats. Das Proletariat ist zerstückelt und deklassiert, und seine weitere Zerstückelung und zohlenmäßige Verringerung wird begleitet durch transtafte Erscheinungen politischer Enttäuschung und geistiger Zerlegung. Inmitten der ungeheuren wirtschaftlichen Krise hat der Arbeiter den Glauben an die Möglichkeit eines allgemeinen Auswegs verloren. Enttäuscht und erbittert richtet er, sich in die Fragen der Politik zu vertiefen. Er kämpft von Fall zu Fall, um seine materielle Existenz aufrecht zu erhalten, und lehnt es auch nicht ab, sein einziges Gut, das ihm geblieben ist, seine Arbeitskraft, durch maßhaltige Ueberstundenarbeit gegen geringen Lohn zu veräußern.

Noch nie hat das russische Proletariat auf seinem geschichtlichen Entwicklungsweg eine so dunkle Periode durchlebt. Vieles ist verloren gegangen, was mit keinem früheren Leben und Kampf auf das Engste verbunden war. Längst ist vergessen, daß es eine freie Arbeiterzeitung geben könnte und daß die Arbeiterklasse ehemals laut ihre Stimme erheben und kontradiktorisch handeln konnte. Das Milieu des Errors und des wirtschaftlichen Zerfalls haben dem Proletariat schwere Wunden zugefügt.

Nur allmählich bilden sich, parallel mit der Konsolidierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens, auch innerhalb der Arbeiterklasse neue Strömungen heraus. Es wächst das Streben nach Selbstbildung und geistiger Vertiefung. Langsam aber sicher wächst die Zahl derjenigen, die ihre Passivität überwinden und die Kräfte des Proletariats zu sammeln anfangen. Heute steht allerdings die russische Arbeiterklasse, nachdem sie eine schwere geschichtliche Tragödie durchgemacht, noch zerissen, rechtlos und unerschrocken hinter den Kulissen des „neuen Aufstiehs“, in dem die bonapartistische Reaktion sich immer mehr ausbreitet. Aber die Zukunft gehört ihr trotz alledem!

Dem Applaus. Er ist so alt wie die darstellerische Kunst überhaupt. Ja, so alt wie jede auf Anerkennung überhaupt gestellte menschliche Tätigkeit. Die Formen des Applauses mögen je nach dem Land, in dem er geübt wurde, verschiedene gewesen, seine Stärke bald temperamentvoller, bald schwächer gewesen sein. Aber fast zu allen Zeiten und an allen Orten wurde er in der Art, die schon das Wort applaudieren, die Hände zusammenschlagen, ausbrucht, als Quittung für eine Leistung gegeben. Nun will man dem Applaudieren an den Leib. In der „Allgemeinen Russk-Zeitung“ mißbilligt ein Mitarbeiter die Form des Applausens als Beifallsäußerung und stellt folgende Beispiele auf: Das Beifallsstöhnen ist kein Bedürfnis für den Zuhörer; im Gegenteil, die Beifallsstöhner unter ihnen verlangen seine Abschaffung. Das Beifallsstöhnen ist auch kein Bedürfnis für den ausübenden Künstler. Die Fühlung mit dem Publikum hat er, wenn überhaupt, auf andere und bessere, weil untrübbliche Art. Das Klatschen gibt oft ein unrichtiges Bild der erzielten Wirkung, weil die gedanklichen Mitläufer meist in der Mehrzahl sind. Das Klatschen verdirbt die Berufsauffassung der Künstlerschaft. Nach ernsthaft intimen Vorträgen versteht der Applaus Zuhörer und Künstler.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Applaudieren bei ernsthaften künstlerischen Darbietungen Mißton und Stimmung der Zuhörer beeinträchtigt, und daß der Teil des Publikums, der sich dem Erleben eines Kunstwerkes mit ganzer Seele und mit allen Sinnen hingibt, diese Art der Beifallsäußerung peinlich empfindet. Die ausübenden Künstler aber fühlen hier weitaus anders. Ihre überwiegende Mehrzahl bedarf des Applauses als stimmungsförderndes Mittel, und dieser Umstand hat bisher alle Versuche von Theaterleitern, das Beifallsstöhnen abzuschaffen, wirkungslos gemacht.

Vorsicht bei der Aufphotographie. Ein neues Verfahren zur Aufnahme von Bildern aus großen Höhen wird gegenwärtig mit Unterstützung des amerikanischen Luftdienstes erprobt. Man läßt einen kleinen Drachenballon aufsteigen, der eine photographische Kamera mitführt, die auf drachlosem Wege durch einen auf System Boden am Schilde sitzenden Operateur kontrolliert wird. Die Kamera kann nicht nur die gerade vor ihr liegenden Bilder aufnehmen, der Operateur ist auch imstande, ihr jede gewünschte Richtung zu geben.

Der Tanz in der Schule. In England ist eine Bewegung im Gange, die den Tanz in die Schule einführen will. Sie sieht ihn einmal als Unterstützung des Turnens und der Gymnastik an, dann möchte sie aber auch die natürliche Lust des Kindes an tänzerischer Bewegung so kultivieren, daß es nicht nur bei einem zwecklosen Herumtänzeln bleibt, sondern daß dadurch Anmut und Schönheitsoffnen entwickelt werden. Mit der Einführung des Tanzes in die Schule will man gleichzeitig einen anderen alten Gedanken wieder lebendig werden lassen. Die Kinder, in deren Wesen es ja liegt, sich gern zu verkleiden und andere Personen darzustellen, sollen zu kleinen, für sie lehrreichen Theateraufführungen, in denen Tanz und Musik eine Hauptrolle spielen, angeleitet werden, damit auch auf diese Weise ihr Schöneheitsinstinkt gesteigert wird. Man will ihnen da natürlich nur das Beste vom Besten geben und man weiß auf das moderne Ausland hin, wo Theateraufführungen als Haupterziehungsmittel gelten.

Theater am Neanderplatz. In Abänderung des Spielplans wird am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr die Vorstellung von „Jugend“ noch einmal wiederholt.

Dr. Birchs abgelehnt und bekämpft; Herr Cuno, der nicht gefogt hat, daß er die Erfüllungspolitik nicht fortsetzen werde, dürfte einen Mann von dieser politischen Einstellung nicht an seiner Seite haben. Wir empfinden für die Regierung kein Wohlwollen, wir werden ihr nicht neutral gegenüberstehen, wir werden, wenn es notwendig ist, zu ihr in schärfster Opposition treten. (Sehr richtig bei den Sen.) Während ihrer Bildung und seit der kurzen Zeit ihres Bestehens ist unglücklich viel Leidens zerstört worden. Diese Regierung selbst wird auch die letzte Legende zerstören: daß man ohne die Sozialdemokratie aber gar gegen die Arbeiterschaft in Deutschland regieren kann. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Marg (Z.): Die Sozialdemokratie hat durch ihr Ausschließen aus der Koalition die Regierungskrisis herbeigeführt. Die sachlichen Gründe der Sozialdemokratie gegen eine Koalition mit der Volkspartei sind kaum verständlich. Wir weisen die Behauptung zurück, daß wir eine Herrschaft des Kapitalismus herbeiführen wollten. Die Wirtschaftsführer haben abgelehnt.

Abg. Dr. Hergt (Dnat.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der die Regierungsbildung ohne Sozialdemokratie als ein Fortschritt bezeichnet, die Aufhebung der Republik als ein Verbrechen und die Beendigung der Erfüllungspolitik gefordert wird.

Abg. Dr. Schiffer (Dem.) bedauert die Rede Breitschelds, die weder den Interessen des Landes noch dem Ernst der Stunde entsprechen habe und wendet sich gegen die Behauptung von der moralischen Schuld Deutschlands am Kriege, führt Klage über die schwarze Belagerung und verurteilt die französische Politik der Ultimaten und Sanktionen. Notwendig sei eine nationale Einheitsfront und eine klare Linie der Außenpolitik. Dem Pessimismus müssen wir zum Optimismus der Tat und der Aktivität kommen. (Beifall bei den Dem.) — Der Redner bespricht dann eingehend die wirtschaftlichen Fragen des deutschen Wiederaufbaues, wobei er u. a. Forderungen am Reichstag als normale Arbeitstag wünscht. Deutschland müsse friedlich seinen Platz an der Sonne wiedererlangen. Der Entente ruft Schiffer zu: Haltet Euch, ein Volk von sechzig Millionen zur Verzweiflung zu bringen. (Lebhafte Beifall bei den Dem.)

Abg. Kocnen (Komm.) kündigt in längerer Rede vor leerem Bankett schärfste Opposition an.

### Reichsernährungsminister Dr. Müller-Sonn:

Der Abg. Dr. Breitscheld hat gegen mich den Vorwurf des Landesverrats erhoben. Ich weise diesen Vorwurf auf das entschiedenste zurück und fordere ihn auf, Beweismaterial vorzulegen. (Stürmisches Rufen bei den Sozialdemokraten: Hier liegt es!) Im Jahre 1919 haben dem Rheinland-Problem viele angelegene Männer in gleichem Sinne wie ich gegenübergestanden, nämlich, dem Rheinlande im Verbande des Deutschen Reiches eine seiner Eigenart entsprechende Stellung zu sichern. Niemand habe ich einer Bewegung angehört, die auf eine Abtrennung von Gebietsstücken vom Deutschen Reich oder auf eine Voderung des Reiches abzielte. Als sich Persönlichkeiten einfinden, mit denen ein deutscher Mann nichts zu tun haben kann, habe ich die Konsequenzen gezogen. Meine Kölner Mitbürger haben mir ihr Vertrauen durch die Wahl zum Stadtratsmitglied bewiesen. (Großen Beifall.) Die republikanische Staatsform des Reiches und Preußens habe ich als mittelbarer Staatsbeamter beschworen. Die Getreideumlage habe ich als Vertreter der Landwirtschaft bekämpft. Darüber dürfte doch kein Zweifel bestehen, daß diese Umlage nicht produktionsfördernd wirken kann. (Abg. Hoffmann (Soz.): Da haben Sie sich was Schönes zugelegt, Herr Cuno! — Heiterkeit.) Ich habe aber als Minister die Pflicht, die Umlage heranzuholen und werde das im vollsten Einverständnis mit der Landwirtschaft tun. Dem Reichskanzler habe ich gebeten, die vom Abg. Breitscheld vorgetragene Angelegenheit einer beschleunigten Prüfung zu unterziehen.

### Abg. Sollmann-Köln (Soz.):

Herr Dr. Müller hat seine deutsche Gesinnung betont. Die will ich nicht bezweifeln, aber auch Dörten und selbst Herr Smets, die Führer der Sonderbündler, betonen stets ihr Deutschtum. Der jetzige Reichsminister Dr. Müller ist in einer geheimen Versammlung am 5. August 1919 zu Köln zum Vorsitzenden eines Aktionskomitees gewählt worden, das auf verfassungswidrigen Wege eine sofortige Volksabstimmung zur Herbeiführung der rheinischen Republik einleiten sollte. In dieser geheimen Versammlung wurde laut der „Köln. Ztg.“, die auf dem Tische des Hauses liegt, eine Entschließung angenommen, die einen Freistaat fordert, aber nicht davon spricht, daß dieser freie Staat im Rahmen des Reiches sein sollte. Noch heute behaupten führende Sonderbündler, daß diese Entschließung die richtige sei, und nicht eine später veröffentlichte, die den Rheinland im Rahmen des Reiches wollte. Im dem Aktionsauschuß des Dr. Müller, des jetzigen Reichsministers, haben

### die inoffiziellen Freunde des Hochverrats Dr. Dörten,

u. a. Peter Weber-Köln, bei dem Dr. Dörten stets abzufragen pflegt, ferner Frau Eise Kählerl, die mit ihrem Mann in bezahlten Diensten des Dr. Dörten stand, gefesselt. Mitglieder waren ferner Kuchhoff und Kalkert, die vorher hinter dem Rücken der Reichsregierung mit dem französischen Befehlshaber General Mangin Fühlung genommen hatten und deswegen von der Zentrumspartei, die sich im Gegenatz zu Dr. Müller loyal benommen hat, ihrer Landtagsmandate verlustig erklärt wurden. Diese Freunde des jetzigen Reichsministers Dr. Müller sind

### auf Wunsch der französischen Regierung

am 13. Mai 1919 zu dem französischen Befehlshaber General Mangin, um ihm die Wünsche der rheinischen Bevölkerung an die französische Regierung mitzuteilen. Selbstverständlich hat keine rheinische Bevölkerung diese Herren beauftragt. Die Reichsregierung hat im Mai 1919 die Bestrebungen der Freunde des jetzigen Reichsministers Dr. Müller mit dem 81. Hochverrat bedroht. (Große Bewegung.) Die Zentrumspartei ist damals sofort von Herrn Dr. Müller abgetrennt. Es gab zwei Strömungen: diejenige, die auf geschlichem Wege die rheinische Republik herbeiführen wollte, und diejenige, die den putschistischen Weg beschritt.

### Führer der Putschisten

war der jetzige Reichsminister Dr. Müller. (Stürmisches Hört, Hört!) Erst unter dem Druck der Kölner Zentrumspartei ist Dr. Müller zurückgetreten, die jetzigen Zentrumminister Dr. Brauns und Stegerwald eilten nach Köln, um gegen die unverantwortliche Bewegung des Dr. Müller Stellung zu nehmen. Das Zentrumsozial, die „Germania“, warnte am 9. August in einem parteiunabhängigen Artikel vor den Bestrebungen Dr. Müllers und erklärte, sie würde aufs tiefste bedauern, wenn sich Angehörige der Zentrumspartei an diesem Kampf gegen die Verfassung beteiligen würden. Hier also

steht ein Zentrumsozial, selbst dem jetzigen Reichsminister verfassungswidrigen Vorgehen vor.

(Stürmisches Hört, Hört!) Die sozialdemokratischen Organisationen sind damals sofort gegen den Putschismus des jetzigen Reichsministers mit allen Mitteln aufgerufen worden. Der ganzen Bevölkerung bemächtigte sich eine große Erregung. Alle Zeitungen machten mobil. Die „Frankf. Ztg.“ warf damals dem Dr. Müller und Genossen vor, daß sie aus Furcht vor der Sozialisierung die Rheinlande nach dem Westen orientieren wollten. (Lebhafte Hört, Hört!) Jetzt wird gesagt, daß Dr. Müller damals guten Glaubens gehandelt hätte. Aber in gutem Glauben hat auch unser Vortagenoffizier Rechenbach gehandelt, und doch sitzt er jetzt im Zuchthaus. (Stürmisches Sehr wahr links.) Man muß sich die ganze Situation von damals vergegenwärtigen.

Dr. Dörten, der damalige Freund des jetzigen Reichsministers, hatte kurz vorher gepusht, überall fanden putschistische Bestrebungen im Rheinlande statt, auch die Franzosen wählten, um das Rheinland in ihre Hand zu bekommen. Die Verfassung war soeben beschlossen worden. Das Reich war noch wenig konsolidiert, der Friedensvertrag nicht unterzeichnet. In diesem Augenblick wollte der jetzige Reichsminister eine sofortige Volksabstimmung, die

### unter den Bajonetten Frankreichs

niemals eine freie Abstimmung geworden wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Wir danken es noch jetzt den besonnenen Zentrumsführern, daß sie mit uns die Bewegung des Dr. Müller niedergelassen haben. Wenn damals die Pläne Dr. Müllers verwirklicht worden wären, so wäre er nicht auf dieser Ministerbank, sondern das Rheinland wäre längst losgelöst vom Reich, ein Vasallenstaat der Entente (Lebhafte Bewegung.) Seit gestern und heute haben wir zahlreiche Zuschriften und Telegramme aus dem Rheinlande erhalten, die gegen die Ernennung Dr. Müllers zum Reichsminister protestieren. Da, es sind schon Persönlichkeiten aus dem Rheinlande hierher in den Reichstag geeilt, um ihre Stimme gegen Dr. Müller zu erheben. (Lebhafte Hört, Hört!) Als rheinischer Sozialdemokrat, als rheinischer Bürger Preußens und des Reiches erkläre ich:

Herr Dr. Müller der Sonderbündler und einseitige Kamerad des Dr. Dörten, gehört nicht in die Regierung des Deutschen Reiches. (Stürmisches Beifall links, große Bewegung im Hause und auf den Tribünen.)

### Reichskanzler Dr. Cuno

erklärt, daß er entsprechend dem Wunsche des Ministers Dr. Müller sofort eine gründliche Prüfung dieser Angelegenheit vornehmen und das Haus von dem Ergebnis unterrichten werde. (Stürmisches Rufen links: Bleibt er inzwischen im Amte?) Darauf vertagt das Haus die Weiterbesprechung der Regierungserklärung auf Sonnabend 10 Uhr. Schluß 9 1/2 Uhr.

Parteiausschuß, Parteirat und Parteivorstand erörterten am Freitag in gemeinsamer Sitzung die durch die jüngste Kabinettskrise geschaffene politische Lage. Nach Referaten von Hermann Müller und Wels und eingehender Debatte wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die Haltung der Reichstagsfraktion zu billigen.

### Getreideumlage und Volksernährung.

Wir veröffentlichten vor einigen Tagen einen Antrag der sächsischen Regierung, die Reichsgetreidestelle anzuweisen, von ihrem Recht der Enteignung des nicht rechtzeitig gelieferten Broitgetreides Gebrauch zu machen, eine Streckung des Brotmehls vorzunehmen und den Brauereien die Verwendung inländischen Getreides zu unterlagen. In der Begründung der Forderungen heißt es nach einem Auszug der „Leipziger Volkszeitung“:

„Das ermordete Auslandgetreide in Verbindung mit dem bis jetzt abgelieferten Umlagegetreide reicht gerade bis in die ersten Tage des Januar. Erinnere man sich noch an die Ausführungen des Staatssekretärs im Reichsernährungsgeneralkommissionariat, daß das Getreide wenigstens sechs Wochen vor der Verteilung in der Hand der Reichsgetreidestelle sein müsse, so sei die Gefahr einer Versorgungsstörung für die nächste Zeit nicht ganz unwahrscheinlich. Jede Störung der Brotversorgung wäre für Sachsen, als starkes Zuchtland, unerträglich und müsse zu den ernstesten Folgen führen. Was in Sachsen hinsichtlich der Erfüllung der Umlagepflicht möglich war, müsse auch von den anderen Bundesstaaten gefordert werden. Aus diesem Grunde sei von den Länderregierungen zu fordern, daß sie die ihnen zur Verfügung stehenden Straf- und Verteilungsbestimmungen ungenügend durchzuführen, — und wenn sie das nicht von selbst täten, müßten sie, wie der sächsische Antrag es verlangt, vom Reich dazu gezwungen werden.“

So bedauerlich eine Brotstreckung mit Kariosefahrlässigkeit oder Kartoffelwatzmehl auch sein mag, so sei doch eine rechtzeitige Streckung, dem Zustande vorzuziehen, der dann eintreten würde, wenn in der zweiten Hälfte des Versorgungsjahres das Getreide so knapp würde, daß man gezwungen wäre, ein Brot herzustellen von der verächtlichen, fast ungenießbaren Qualität der Kriegszeit. Auf jeden Fall aber müsse Brot vor Bier gehen. Es sei deshalb nur Pflichtgebot einer gewissenhaften Regierung, wenn sie sich bestrebt, wenigstens die Verwendung von inländischem Getreide zu Brauzwecken zu unterlagen.“

In einer offiziellen Erklärung, die wir am Mittwoch veröffentlichten, wurde zugesichert, daß die Brotversorgung nur bis Anfang Februar sichergestellt ist und daß die bisherige Ablieferung des Umlagegetreides in katastrophaler Weise hinter dem Soll zurücksteht. Mag das auch durch die schlechte Ernte und andere Gründe mit verursacht sein, so ist es doch Pflicht der Reichsregierung, dafür zu sorgen, daß das Verabreimte schleunigst nachgeholt wird. Es wird Ende November möglich sein, zu übersehen, ob die Landwirte ihren Verpflichtungen für das erste Drittel nachgekommen sind. Sollte das nicht der Fall sein, dann bleibt in der Tat kein anderer Weg, als der von der sächsischen Regierung angebotene.

### Keine Brüsseler Konferenz?

Nach den Unterredungen, die zwischen Poincaré und Theunis vorgestern in Paris stattgefunden haben, erscheint es sehr ungewiß, ob die belgische Regierung überhaupt die Einladungen zur Brüsseler Konferenz versenden wird.

„Le Rouelle“ zufolge soll Theunis Poincaré erklärt haben, er wünsche die Konferenz nur dann, wenn von hundert Möglichkeiten neunzig Aussicht auf Erfolg hätten. Nach seiner Ansicht sei bis jetzt nichts Ernstliches für die Konferenz unternommen worden, und er könne nicht einsehen, wie man ohne die Beteiligung Amerikas das Reparationsproblem lösen wolle. Amerika aber wolle nicht kommen, wenn die Frage der allierten Schulden aufgeworfen werde. Wenn man andererseits diese Frage nicht aufwerfe, zu welchem Ziele könne die Konferenz dann führen? Bonar Law habe nach „Le Rouelle“ die ausdrücklichen Worte gehalten hinsichtlich der britischen Beteiligung gemacht. Poincaré sei für die Konferenz eingetreten, und habe namentlich von dem in Lausanne mit Lord Curzon erzielten Abkommen gesprochen. Schließlich habe man Barthou kommen lassen, der über den Plan der Reparationskommission gesprochen habe, nämlich über einen Anleiheplan, durch den man die Mark retten wolle, damit die Reparationen bezahlt werden könnten. Gestern Abend habe man dann, wie es scheint, den Beschluß gefaßt, daß Einladungen zur Brüsseler Konferenz von den Entschieden abhingen sollten, die die vier Ministerpräsidenten bei ihrer Vorgesprächung treffen würden. Mit anderen Worten, die Konferenz sei nach der gestrigen Unterredung aus dem Gebiet der Ungewißheit in das der Vermutung getreten.

Auch Mussolini betrachtet die Reparationsfrage als unlösbar von der Frage der interalliierten Schulden. Mit welchen Gefühlen der italienische Diktator, für den sich die Reaktionen aller Länder, insbesondere bei uns, begeistern, Deutschland gegenübersteht, geht aus seinen Äußerungen

gegenüber einem Berichterstatter des „Corriere della Sera“ deutlich hervor:

Mussolini sagte, auch Italien müsse seinen Anteil erhalten, er sei von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands überzeugt. Seine Satutaktik sei künstlich hervorgerufen worden. In welchem Umfange Deutschland bezahle, müßten die Sachverständigen feststellen. Gerade die Finanzleute hätten festgestellt, daß es Deutschland gelungen sei, Goldvorräte anzuhäufen. Die Goldvorräte der Reichsbank seien kein Mythos. Wie könne Italien nach den großen Kriegsschulden die Wiedergutmachungsfrage als nicht wichtig betrachten? Eine solche Politik wäre ein Unsinn.

Daß Amerika seinen bisher ablehnenden Standpunkt zu der Frage der interalliierten Schulden bald ändern sollte, ist nach dem Wiederhall, den das Auftreten Clemenceaus erweckt hat, unwahrscheinlicher denn je. Es wird auch Mussolini zu liebe diesen Standpunkt kaum aufgeben. Damit dürften die Aussichten auf Abhaltung der Brüsseler Konferenz sehr zurückgegangen sein. Wir würden dies schon deshalb bedauern, weil eine Vertagung der Lösung unserer lebenswichtigsten Probleme nur den Gewaltpolitikern aller Länder Wasser auf die Mühle treiben würde.

### Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 24. November. (TL.) Die Reparationskommission wird heute wieder zusammenrufen, um die auf ihrer Tagesordnung befindliche Frage der deutschen Kohlen- und Holzlieferungen weiter zu behandeln. In dieser Frage sind die deutschen Vertreter gehört worden, und es ist wahrscheinlich, daß eine Entscheidung schon in kürzester Zeit erfolgen wird. Die Frage der Stabilisierung der Mark ist vorläufig noch vertagt und die Verhandlungen darüber werden erst wieder aufgenommen werden, wenn eine offizielle Erklärung der neuen Regierung über ihre Stellungnahme zu den letzten Vorschlägen des Ministeriums Wirth vorliegt.

### Maßnahmen gegen die Faschisten?

#### Verbot der Selbstbewaffnung der Bevölkerung.

München, 24. November. (TL.) Bei der Debatte über die Nationalsozialisten im bayerischen Landtag hatte dieser Tage der bayerische Innenminister eine Verordnung angekündigt, die die Bestimmungen gegen die Selbstbewaffnung der Bevölkerung verschärfen werde. Diese Verordnung ist heute erschienen. Es heißt darin, daß die Führung von Raubringen, Schlagseifen, Schleudern, Lotzschlägern jeder Art und Knäpeln aus Gummi, Metall, Holz oder sonstigen Waffen im rechtsrheinischen Bayern verboten ist. Wer Schlagwaffen der genannten Art verbotswidrig mit sich führt, hat Bestrafung und Einziehung der Waffen zu erwarten. Die Verordnung ist im „Staatsanzeiger“ sowie im „Gesetz- und Verordnungsblatt“ erschienen. Sie ist daher mit dem heutigen Tage bereits in Kraft. (Daß sie jemals gegen die Hitlergarde angewandt wird, muß nach der Rede des Innenministers Schweger wohl bezweifelt werden. D. R.)

#### Wieder ein Angriff auf eine Entente-Kommission.

Ingoßlad, 24. November. (TL.) Das Eintreffen einer zur Kontrolle der Munitionsanstalt bestimmten Entente-Kommission im Automobil, bestehend aus französischen und italienischen Offizieren sowie einem deutschen Begleitoffizier, rief einen großen Menschenauflauf hervor. Der Begleitoffizier suchte die Menge zu beruhigen, eine Armbeeugung eines Franzosen wurde von der Menge als Griff nach der Schutzwaffe gedeutet. Daraufhin setzte ein Sturm auf das Automobil ein, das im Nu demoliert wurde. Sämtliche Fenster Scheiben wurden eingeschlagen und die Autoreifen durchgeschnitten. Unter dem Geschrei der Menge mußte die Kommission unverrichteter Dinge die Heimfahrt antreten. Die Szene spielte sich in so kurzer Zeit ab, daß ein behördliches Einschreiten nicht möglich war.

### Die „Sieger der Zukunft“ müssen sich vertagen

Die für den Totensonntag angelegte Enthüllung des Denkmals für die Gefallenen der Universität wird nicht, wie es in der vorgetragenen (Donnerstag) Nachricht hieß, vertagt, weil dem Studentenausschuß künstlerische Bedenken entstanden. Sie muß vertagt werden auf Anordnung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Nicht etwa, daß das Ministerium Angst nimmt an der unvollständigen Inschrift, nein, ihm sind „künstlerische Bedenken“ gekommen: ein einfacher Findling, ein unbehavener Granitblock passe nicht in den Garten, der von dem klassizistischen Bau der Universität umgeben ist. Die Studentenvorsetzung beglückte diese Mitteilung mit einem höchst bezeichnenden Ausruf, in dem sie zu Spenden für den Denkstein auffordert: Es sei unwürdig, daß nicht schon längst den Gefallenen ein Ehrenmal gesetzt worden sei. Das müsse jetzt nachgeholt werden. Darum solle jeder spenden. Die Sammlung soll ein Beweis dafür sein, ob die Studenten „dem Geist der Zeit, trossen Materialismus“ verfallen sind oder ob in ihren Herzen noch die Ideale der Vergangenheit lebendig sind, die 1914 ins Feld zogen. Die Sammlung wird zeigen, daß die Studenten der Gefallenen nicht unwürdig sind und daß diese nicht unnützlich gestorben haben. (1)

### Die Finanzkontrolle über Oesterreich.

Wien, 24. November. (WZ.) Der Nationalrat erteilte heute nach kurzer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 103 Stimmen der Christlichsozialen, der Großdeutschen und der Deutschen Bauernpartei gegen 63 Stimmen der Sozialdemokraten den drei Senfer Protokollen die verfassungsmäßige Genehmigung. Das Haus wies sofort einen Antrag der Sozialdemokraten auf Einsetzung einer Kommission, daß auf Verlangen eines Viertels der Mitglieder des Hauses dieses sofort und zu jeder Zeit einberufen werden könne, an den Verfassungsausschuß zur Berichterstattung für morgen.

### Anberaumung des Scheidemann-Prozesses.

Der Staatsgerichtshof setzte den Termin zur Hauptverhandlung gegen die des Nordvertrags an Oberbürgermeister Scheidemann angeklagten Quistert und Deißelberger auf den 4. Dezember an. Der Prozeß, zu dem 14 Zeugen und zwei Sachverständige geladen sind, wird etwa drei Tage in Anspruch nehmen.

Die Verhinderung gegen das Verbot der Vereinigung „Graber vom Stein“ verworfen der Staatsgerichtshof als unzulässig.

### Verbundene Versammlungen in Hannover.

Hannover, 24. November. (TL.) Die für Donnerstag Abend festgesetzte öffentliche Versammlung der Pöbergemeinde deutsch-völkischer Zeitungen, in der Walter Thiel über das Thema: „Angeklärtere Wege zum Saube der Republik“ sprechen sollte, war vom Oberpräsidenten verboten worden. Die Mitgliederversammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, in der der Münchener Arbeiterführer Edward Esser sprechen sollte, ist ebenfalls verboten worden.

Berichtigung. Auf Grund einer sorgfältigen Nachprüfung der Meldung über einen angeblich offiziellen Bericht der amerikanischen Befehlshaber hat Reichsarchiv Telegrafendirektion festgestellt, daß die amerikanische Befehlshaberarmee am Rhein sich nicht zu der Frage der farbigen Truppen geäußert hat, und daß der angebliche Bericht niemals gemacht wurde.

# Gewerkschaftsbewegung

## An die Gewerkschaftsmitglieder.

In Ausführung der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses von Rom im April dieses Jahres hat der Internationale Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) die Errichtung eines internationalen

### Kampffonds gegen Militarismus und Reaktion

eingeleitet. Jedes Mitglied soll durch einen einmaligen Beitrag zu diesem internationalen Fonds seinen entschlossenen Willen bekunden, aktiv teilzunehmen an dem notwendigen Abwehrkampf gegen die Reaktion und zur Verhinderung neuer Kriege.

In allen Ländern werden diese Beiträge gegenwärtig von den Gewerkschaften erhoben gegen Quittungsmarken, die der I.G.B. herausgegeben hat.

Für Deutschland kommen Marken zu 5 M. für Männliche sowie zu 3 M. für Weibliche und Jugendliche in Betracht. Diese Marken werden demnächst von allen Zentralverbänden in den Ortsgruppen und Zahlstellen verteilt.

Wir rufen die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften hiermit auf, ihren

### Beitrag zu diesem Fonds

so zeitig zu leisten, daß der Gesamtertrag von allen Verbänden bis zum 31. Dezember d. J. abgeliefert werden kann.

Die in Deutschland ausgegebenen Marken tragen den Ausdruck:

### Krieg dem Kriege

### Internationaler Gewerkschaftsbund Amsterdam.

Jedes Mitglied soll mindestens eine Marke kaufen. Angesichts des sehr tief gesunkenen Wertes der deutschen Marke sollte jedoch jeder, der dazu in der Lage ist, mehrere Marken lösen. Auch an Nichtmitgliedern können diese Marken abgegeben werden.

Wir wissen, daß die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands einig ist in der Bekämpfung der Reaktion und des Militarismus. Dieser Abwehrkampf lebt zunächst in allen Ländern. Ihn international zu unterstützen, soll der Zweck des internationalen Fonds sein. Der finanziellen Kraft des internationalen Kapitalismus soll der Internationale Kampffonds der Gewerkschaften gegen Militarismus und Reaktion entgegengestellt werden.

Die Beschaffung ausreichender Geldmittel für diesen Fonds liegt im Interesse auch der deutschen Arbeiterschaft, wie die Ereignisse im Lande täglich aufs neue zeigen. Deshalb erwarten wir, daß kein Gewerkschafter in Deutschland sich weigern wird, den erforderlichen einmaligen Beitrag zu leisten.

Berlin, den 1. November 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:

L. H. Seipart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:

S. Aufhäuser, W. Stähr, Bruno Süß.

### Zum Streik der Kohlenarbeiter.

Vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin haben am gestrigen Freitag Verhandlungen stattgefunden, die eine Einigung im Kohlenarbeiterstreik bezwecken sollten. Nach hundertstündigen Besprechungen unterbreitete die Kammer, in der weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer des Kohlenhandels vertreten waren, den Parteien folgenden Vergleichsvorschlag: Der Stundenlohn der Kohlenarbeiter soll in der ersten Novemberwoche 215, in der zweiten und dritten Novemberwoche 235, in der vierten Novemberwoche 270 und dann bis zum 15. Dezember 335 M. betragen. Zwei Streiktage sollen vergütet, alle entlassenen Streikenden wieder eingestellt werden. Beide Parteien haben bis zum heutigen Sonnabendnachmittag 4 Uhr zu erklären, ob sie diese Vereinbarungen annehmen. Sollte dies nicht der Fall sein, dann dürfte der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch fällen.

### Gehaltsregelung der Angestellten im Einzelhandel.

In einer gut besuchten Versammlung der dem I.G.B. angehörenden Angestellten im Einzelhandel (Warenhäuser usw.) Groß-Berlins, am Mittwoch im Stadthaus, berichtete Fräulein Grete Weinberg über den Verlauf der Lohnverhandlungen. Nach langwierigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien mochten die Vertreter der Arbeitgeber schließlich das Angebot, die bestehenden Gehaltsätze um etwa 80 bis 88 Proz. für die Zeit vom 1. bis 30. November zu erhöhen. Damit stellen sich die Sätze für Belehrende im ersten Jahr auf 3300 M. monatlich, im zweiten auf 4800 und im dritten auf 6900 M.

In Gruppe 1 der kaufmännischen Angestellten beträgt das Anfangsgehalt 17 500 M., das Endgehalt 38 500 M. (bisher 10 000 bzw. 20 800 M.). Gruppe 2 beginnt mit einem Anfangsgehalt von 29 800 M., Endgehalt 45 500 M. (bisher 16 300, bzw. 24 150 M.). In Gruppe 3 ist das Anfangsgehalt 34 500, das Endgehalt 52 500 M. (bisher 18 750, bzw. 27 750 M.). Gruppe 4 hat ein Anfangsgehalt von 50 000 M. und ein Endgehalt von 66 800 M. (bisher 27 150, bzw. 35 600 M.).

Die Sätze für die weiblichen Angestellten sind 10 Proz. niedriger.

Jugendliche Angestellte sollen im 15. Lebensjahre 6500, im 16. 8500 und im 17. 10 500 M. erhalten.

Die Lohnkommission hatte 200 Proz. gefordert, stieß aber mit dieser Forderung auf harten Widerstand bei den Arbeitgebern, die behaupteten, daß die geschäftliche Lage eine sehr un-

günstige sei. Rednerin erklärte, daß die Tarifkommission sich dahin einig geworden sei, die Annahme des Zugeständnisses zu empfehlen. Auch Jakobowich trat für die Annahme der bewilligten Sätze ein, ebenso Publig, während einige Diskussionsredner zur Ablehnung aufforderten und andere ihren Unwillen über die unzureichenden Zugeständnisse lebhaft zum Ausdruck brachten. Die Ausführungen eines kommunistischen Redners, der von einem Betriebsräte Kongress und Kontrollkommissionen Hilfe erwartete, wurden von Publig überzeugend zurückgewiesen.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Angebots der Arbeitgeber gegen eine starke Minderheit.

### Drohender Kampf in der Ledertwarenindustrie.

Am Donnerstag beschäftigten sich die Arbeiter der Koffer-, Leder- und Portefeulterbranche des Sattler-, Tapezierer- und Portefeulterverbandes mit dem Ergebnis der Manteltarifverhandlungen. Die Lohnverhandlungen hatten zur Folge, daß der Lohn um 33 1/2 Proz. erhöht wurde und der Mindestlohn ab 17.—30. November 200 M. beträgt. Der Zuschlag von 33 1/2 Proz. kommt auf die besten Stunden Löhne.

Die Manteltarifverhandlungen ergaben, daß der Zuschlag nicht mehr bezogen wird. Alle übrigen Feiertage werden weiter bezahlt. In der Feiertagsgewährung tritt eine Erhöhung ein. Nach einem Jahre vier Tage, nach zwei Jahren sechs Tage und nach drei Jahren sieben Tage. Die Lehrlingsfrage wurde ebenfalls wieder veranlaßt und neu vereinbart, daß der Lohn der Lehrlinge gleichmäßig mit dem Lohn der Gesellen steigt. Die augenblicklichen Wochenlöhne der Lehrlinge betragen im ersten Jahre 900 M., im zweiten Jahre 1100 M., im fünften Halbjahr 1400 M. und im sechsten Halbjahr 1500 M. Eine der Hauptfragen war die Heimarbeit. Bisher konnte in der Heimarbeit auf Grund eines Abkommens vom Dezember 1918 nur derjenige Beschäftigte finden, der 50 Jahre alt war. Nach dem neuen Abkommen kann jeder schon Heimarbeit bekommen, wer bis 1. April 1923 35 Jahre alt wird. Bis zum 1. Oktober 1923 30 Jahre und später 25 Jahre. Diese Bestimmungen bildeten den Hauptpunkt der Kritik und lehnten sämtliche Redner den neuen Vertrag ab. Die Abstimmung ergab, daß mit 7/8 Majorität der Vertrag abgelehnt wurde. Da der Tarif für das ganze Reich gelten soll, wird der Zentralvorstand zu dieser Situation sofort Stellung nehmen.

### Neue Löhne für Handelschiffsarbeiter.

Durch eine poritätlich zusammengesetzte Schiedsstanzung sind den Handelschiffsarbeitern und -arbeiterinnen Groß-Berlins für die Zeit vom 1. bis 30. November erhöhte Löhne zuerkannt worden, die für männliche Arbeiter im Alter von 18 bis 22 Jahren 2500, 3500, 4400, 5400 und 6400 M. wöchentlich betragen. Ledige über 22 Jahre sollen 7650, Verheiratete 7950 und Verheiratete mit Kindern 8250 M. erhalten.

Für Arbeiterinnen von 18 bis 22 Jahren sind folgende Sätze vorgesehen: 2100, 2700, 3300, 4050 und 4800 M. Ledige über 22 Jahre sollen 5740, Alleinlebende mit Kind 6040 M. erhalten. Reinmachefrauen 5355, mit Kind 5655 M. Jüngere männliche und weibliche Arbeitkräfte im Alter von 15 bis inklusive 17 Jahren erhalten 1800 bis 2400 bzw. 1350 bis 1800 M.

Diese Löhne gelten für Gruppe A, in Gruppe B sind die Löhne niedriger. Chauffeure bekommen wöchentlich 400 M. mehr.

Für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember sind die Löhne etwas höher bemessen worden. Männliche Arbeiter über 22 Jahre sollen in dieser Zeit 8600, weibliche 6450 M. bekommen, Verheiratete 8000, mit Kindern 9200 M.

Zu diesem Schiedsspruch wurde am Dienstagabend in einer überfüllten Versammlung im Gewerkschaftshaus Stellung genommen.

Nachdem Kohlsack von der Lohnkommission eingehend berichtet hatte, folgte eine sehr rege Aussprache, die eine große Unzufriedenheit mit den bewilligten Lohnsätzen erkennen ließ. Insbesondere wurde gefordert, die Lohnsätze für Dezember abzulehnen. Man wisse noch nicht, wie es mit der Teuerung im nächsten Monat ausfallen werde.

Es wurde beschlossen, den Schiedsspruch für November anzunehmen und die Lohnkommission zu beauftragen, für Dezember erneut zu verhandeln.

### Achtung, Arbeiter der chemischen Industrie!

Der Zentral-Schlichtungsausschuß Chemie fällt am 28. November folgenden Spruch:

Der Lohn des über 20 Jahre alten männlichen Arbeiters beträgt in Fachgruppe II, Ortsklasse A vom 1. bis einschließlich 22. November 180 M., für die Zeit vom 23. bis einschließlich 30. November 210 M. pro Stunde. Der Einstellungslohn fällt fort.

Für die Arbeiterinnen der Fachgruppe IV wird ab 16. November der bisherige Abschlag von 8 Proz. auf 5 Proz. erhöht.

Der Lohn der anderen Kategorien und Altersklassen in allen Fachgruppen und Ortsklassen wird in der bisherigen Weise prozentual errechnet.

Der Arbeitgeberverband verpflichtet sich, die bisherige soziale Kopfsulage auf 4 M. zu erhöhen.

Die genaue Lohnabelle ist ab Montag, den 27. November, bis 6 Uhr abends im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes, Gewerkschaftshaus, Engelfufer 24/25, Aufg. C. I. gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben. — Den Betriebsräten geht die Tabelle per Post zu! Die Branchenleitung!

### Der Betriebsräte Kongress.

Die Veranstalter des angeblichen Betriebsräte Kongresses hatten sich den schlechten Scherz erlaubt, Genossen Hilferding als Referenten anzukündigen. Da dieser „Betrüger“ nicht erschienen war, sprach am gestrigen Verhandlungstage Brandier über „Die wirtschaftliche und politische Lage und die Kontrolle der Produktion“. Es war eine landübliche kommunistische Wald- und Bienenrede. Natürlich bekamen die Gewerkschaftsbözen und der „Vorwärts“ im besonderen den ihnen gebührenden Teil ab. Für Brandier ist es eine Kleinigkeit, im selben Atemzuge von den Verhältnissen in Indien, von Sinesien, den verräterischen Gewerkschaftsbözen, dem leuchtenden Sowjetland und der Geldentwertung zu reden. Von dieser Fähigkeit machte er den ausgiebigsten Gebrauch. Daß die Logik und der gesunde Menschenverstand die'm Kometenflug nicht immer folgen können, ist nicht weiter verwunderlich. Das Ausleben der internationalen Orgelinformationen, sagte Brandier, der italienischen Faschisten, der amerikanischen Pinkertons und anderer ist nicht ein Zeichen der Stärke, sondern ein Zeichen der Schwäche der kapitalistischen Gesellschaft (sic!) Die kapitalistische Welt gerät zwar immer mehr, aber Amerika und England haben sich wirtschaftlich erholt, natürlich nur vorübergehend, wodurch Deutschland von einer neuen Katastrophe berührt wird. (!) Freilich werde die kommunistische Machtergreifung das Chaos erzeugen, sagt Brandier, aber jeder Versuch, das Chaos zu vermeiden, zeuge entweder von Dummheit oder von konterrevolutionärer Einstellung. . . . Wenn das nicht zieht. . . . Am Nachmittag wurde zunächst eine Flut von Anträgen verlesen. Dann sprach ein kommunistischer Abgeordneter, wonach die üblichen Diskussionsredner folgten. Unter den Anträgen ist einer zu erwähnen: er verlangt die Proklamierung des Generalstreiks, andernfalls würde „das Vertrauen der Arbeiterschaft auch zu den Betriebsräten verloren gehen“. . . . Auch du, Brutus!? „Zweck des Generalstreiks soll der Kampf gegen Wucher und Verelendung und der Sturz der politischen Vormachtstellung der deutschen Rauhritter-Bourgeoisie sein.“

Wir haben diesen Satz wörtlich wiedergegeben, einmal um den Antragstellern eine Freude zu machen, hauptsächlich aber, um der weiteren Offenheit zu zeigen, auf welchem geistigen Niveau dieser ganze Kongress steht.

Die Mandatsprüfungskommission ermittelte die Anwesenheit von 846 „Delegierten“.

### Die Arbeitslosigkeit im Saargebiet.

Das Bezirkssekretariat des ADGB für das Saargebiet hat an die Regierungskommission ein Schreiben gerichtet, wonach die angeschlossenen Gewerkschaften eine steigende Zahl von Arbeitslosen melden, die bereits über 4000 beträgt. Die Regierungskommission wird ersucht, sofort Vorkehrungen zu treffen, daß der Zugang von Arbeitslosen ins Saargebiet unterbunden wird. Bezeichnend ist, daß in diesem Schreiben darum gebeten werden muß, die Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises ins Auge fassen zu lassen. Aus den Grenzgebieten wird das Saargebiet von Arbeitslosen überlaufen, die in ihren Heimatorten eine billigere Lebenshaltung haben und dadurch als Lohnbrücker auftreten können.

Im Streik der Hochbahner ist die Situation noch immer unverändert, von irgendwelchen Einigungsverhandlungen ist bisher nichts bekannt geworden. Das Reichsarbeitsministerium hat in einer Zuschrift an uns erklärt, daß es keinerlei Initiative ergreifen werde. Soll das etwa der neue Kurs des „Geschäftsministeriums“ sein?

Achtung! Blumen- und Federnarbeiterinnen und -arbeiter. Der Tarifvertrag für die Blumen- und Federnindustrie ist abgeschlossen und kann im Bureau des Verbandes, Engelfufer 24/25, Aufgang C, 1 Treppe, in Empfang genommen werden.

Streik in der Cuxhavener Fischindustrie. Die Arbeiter am Fischmarkt sowie die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Fischindustrie von Cuxhaven sind wegen Nichtbewilligung ihrer gestellten Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Zur Beseitigung von eingetroffenen Fischdampfern mußte bereits die Technische Rothilfe herangezogen werden.

Zentralverband der Angestellten. Seifenhandl. Mitgliederversammlung heute, abends 8 Uhr, in Dorotheenstraße. Neue Friedrichstr. 35. 19. Mitgliederversammlung der Metallindustrie. Sonntag, vorm. 10 1/2 Uhr, in der Bülow-Palais, Berlin. Dienstag, 12. 12. 1922. Versammlung. „Schiedsspruch — Arbeitgeber — I.G.B.“. 1922. Mitgliederbuch legitimiert.

Verantwortlich für den Inhalt: Carl: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Rudolf-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsschicht Haus Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 3. Dierich 1. Berlin.

Bei Hautausschlag, Beinschäden (Kramptadern) ist San.-Rat Dr. Strahls Haussalbe seit 100 Jahren ein mildes u. wirks. Mittel. — Orig.-Dose 85 u. 155 M. Elefanten-Apotheke, Berlin SW. Leipziger Straße 74 am Dönhofsplatz. Fernsprecher: Zentrum 7192.

Erstklassige Herrenbekleidung Anzüge, Paletots, Schüpfen, prima Stoffe Vollwertiger Ersatz für Maß :: Zivile Preise MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

**GARBÁTY**

**YORK Suits**

**Qualität!**

OITTMANN

Das duftende Postamt.

Nicht nur Amerika und seine größte Stadt New York sind das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, sondern im gewissen Sinne auch Berlin. So im Kleinen gewissermaßen. Wo in aller Welt gibt es zum Beispiel ein gut riechendes Postamt? Aber in Berlin gibt es so etwas, und dieses gut riechende Postamt liegt in der Marburger Straße. Selbstverständlich wird der Kenner Berlins antworten, denn in der unmittelbaren Nähe der Marburger Straße ist die Tauentzienstraße, also die feinen jungen Damen, auf das wohlriechendste parfümiert, mit einem Wort die „Blüte der Berliner Jugend“, flaniert und — „Studien“ macht. Und dazwischen gehen sie noch dem nahen Postamt in der Marburger Straße, tragen parfümierte Briefchen hin oder holen Briefe ab, und ihr Parfüm, eine Wolke von Parfüm bleibt im Schaltervorraum und geht überhaupt nicht mehr fort. Das ganze Postamt, das im übrigen sehr wenig vornehm aussieht mit seinen alten abgedrahten Möbeln und dem abgetretenen Fußboden, bekommt durch diesen Duft gewissermaßen ein anderes Aussehen. In der Gegend aber, in der das Postamt liegt, weiß man natürlich von den jarten Düften, die hier stets durch den Schaltervorraum z. B. kein Wunder, daß man nicht selten auf der Straße hört, wie einer zum andern, häufiger allerdings noch eine zu einer anderen sagt: „Ach komm, geh'n wir nach dem Postamt in der Marburger Straße, da riecht es so schön!“

Wenn nur nicht der Magistrat dahinter kommt und — Luftbarkheitssteuer erhebt für das Bergnügen, was Schönes riechen zu dürfen.

Schädfälscher Goldschmidt.

Eine Liebeserklärung auf der Anklagebank.

In dem Prozeß gegen die internationalen Hochstapler und Schädfälscher Goldschmidt, Varinas und Pflanztram, über dessen Anfang bereits berichtet worden war, kam es wiederholt zu sehr interessanten Zwischenfällen.

Der Angeklagte G. befrüht in der Hauptfrage, sich strafbar gemacht zu haben, und bei seinen Taten freis von einem inneren Trieb geleitet worden zu sein. Er könne nicht so leben, wie andere Bürgerleute und geordnete Verhältnisse seien ihm ein Grauel. Die medizinischen Sachverständigen, Sanitätsrat Dr. Seppmann und Neurolog Dr. Kronfeld, bezeichneten den Angeklagten als einen phantastischen Psychiater. Er sei auch vom medizinischen Gesichtspunkt der Top eines Schwindlers und Hochstaplers. Dr. Riemann richtete an die Sachverständigen die Frage, ob von Seiten des G. ein gewisser Zwang oder ein krankhafter Trieb vorliege, welcher ihn zwingt, ein derartiges Leben zu führen und Straftaten zu begehen. Sanitätsrat Dr. Seppmann erklärte, daß es tatsächlich derartige Phantasien gebe, welche unter einem Zwange Straftaten begehen müssen. Ein solcher Fall liege hier aber nicht vor. Hier handelt es sich um einen geistig minderwertigen Menschen, welcher den Versuchungen des Lebens nicht genügend Widerstand entgegenzusetzen könne und deshalb immer wieder strauchle. Zu einem hochinteressanten Zwischenfall kam es sodann bei der Vernehmung der Mitangeklagten Frau Dr. Schinkel. N. A. Dr. Binder fragte sie: „Ist es richtig, daß Sie infolge der Dollarsche des dem Angeklagten Ihr volles Vertrauen geschenkt haben?“ Angeklagte Frau Schinkel in Tränen ausbrechend: „Nein, niemals, er hat im Fluge mein Herz erobert. Ich schwärme für ihn und wenn er es bis heute noch nicht weiß, dann sage ich es ihm hier auf der Anklagebank: Ich liebe den Mann leidenschaftlich um seiner selbst willen.“ In der Beweisaufnahme gaben die Kriminalkommissare Linemann und Wild, die die Angeklagten hinter Schloß und Riegel gebracht haben, ein anschauliches Bild von dem Leben und Treiben gewisser internationaler Verbrecher, welche jetzt in Berlin in Massen sich ein Stellbildnis geben und der Polizei eine ganz ungeheuerliche Arbeitslast dadurch aufbürden. Die Verhandlung dehnte sich bis Mitternacht aus und war bei Schluß des Blattes noch nicht beendet.

Zum Waffengang auf dem Anhalter Bahnhof.

Wie kürzlich mitgeteilt, war der zweite Vorfallende des Bezirksbetriebsrates bei der Eisenbahndirektion Berlin, Baer, unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet worden. Es war behauptet worden, Baer sollte der Internationalen Militärkommission mitgeteilt haben, daß sich auf dem Anhalter Bahnhof

ein Wagon mit Kriegswaffen befände. Später stellte sich heraus, daß es sich lediglich um Kleinkalibrige Mäuserpistolen handelt, welche nach dem Versailler Friedensvertrag nicht zu den Kriegswaffen gerechnet werden. Im Laufe des Verfahrens vor dem Untersuchungsrichter erschien es zweifelhaft, ob sich Baer mit der Entente-Kommission in Verbindung gesetzt hatte. Auf Antrag seines Verteidigers ist Baer nunmehr aus der Haft entlassen worden. Das Verfahren gegen ihn geht jedoch weiter.

Die Zwölf aus der Fremde.

Internationale Taschendiebe vor Gericht.

Die 2. Strafkammer des Landgerichts I bildete gestern den Verhandlungsort für eine Gruppe polizeilicher Taschendiebe, welche sämtlich einer über ganz Deutschland verbreiteten Bande angehören. Es waren dies der Kuffcher Weger Kaplan aus Pottawa, der angebl. Landwirt Roco Michaloff, die Witwe Strawa Rylewka, der Händler Leibus Prjuzki und der Händler Leon Seeligmann.

Der Kriminalpolizei war schon seit längerer Zeit bekannt geworden, daß eine internationale Taschendiebesgesellschaft in den Räumen der Deutschen Bank in der Mauerstraße, der Disconto-Gesellschaft in der Behrenstraße, der American-Express-Company in der Charlottenstraße sowie in dem Westreisebüro von Cook, unter den Linden, ferner an den Wagen der Rundreisegesellschaften, z. B. Rases Rundfahrten, wie auch auf den Bahnhöfen bei Abfahrt der aus dem Auslande fahrenden Zugzüge ihr Unwesen trieb. Die Beobachtungen der Kriminalpolizei ergaben, daß zu der Bande 12 Personen gehörten, die sich ständig auf der Promenade unter den Linden trafen und von dort in verschiedenen Trupps ihre Beutezüge machten. In sämtlichen Fällen erbeuteten die gemeingefährlichen Verbrecher wertvolle goldene Uhren, Briefschaften mit wertvollem Inhalt, die heutzutage in die Millionen gehen, Brillantnadeln und anderes. Schließlich gelang es, die jetzt angeklagten Personen festzunehmen. Vor Gericht spielten Kaplan und Michaloff den „Betrüben“ und erreichten dadurch, daß ein medizinischer Sachverständiger hinzugezogen werden mußte. Der Gerichtsarzt Geh. Medizinalrat Dr. Hoffmann erklärte, daß ohne eine längere Beobachtung ein Gutachten von ihm nicht abgegeben werden könne. Er beantragte deshalb auf Grund des § 1 Ueberweisung in eine öffentliche Irrenanstalt zwecks Beobachtung. Das Gericht gab diesem Antrage statt. Der Angeklagte Seeligmann hatte inzwischen vorgezogen, den Staub Deutschlands von seinen Füßen zu schütteln und in seine Heimat zurückzukehren. In der vorliegenden Sache trat ein weiblicher Staatsanwalt, Frau Referendar Dr. Henneberg, als Vertreter der Anklagebehörde auf und beantragte nach längerem schwingelnden Plädoyer die Verurteilung der Angeklagten zu längeren Zuchthausstrafen. Das Gericht erkannte gegen die Angeklagten Rutenstrafe auf 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus und gegen Prjuzki auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus sowie je 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Ein Majorssohn als Einbrecher.

Der „Schrecken des Westens“ unschädlich gemacht.

Endlich ist es der Kriminalpolizei gelungen, den „Schrecken des Westens“ unschädlich zu machen, einen Einbrecher, der besonders den Villenbesitzern von Zehlendorf und Lichterfelde großen Schaden zugefügt hat. Viele Familien in den Westvororten wurden seit einiger Zeit von Einbrechern in der Nacht nach einer Festlichkeit heimgeführt. Diese Einbrüche besonderer Art fanden jetzt eine überraschende Aufklärung. Als Täter wurde der Sohn einer hochachtbaren Majorsfamilie Sch. entlarvt und festgenommen.

Der junge Mann, der noch nicht 18 Jahre zählt, besuchte erfolglos das Gymnasium und entließ dann aus seiner Lehre, weil ihm die Beschäftigung nicht vornehm genug war. Mit seinem Taschengeld kam er nie aus. Seine Veruche, auf der Rennbahn etwas dazu zu gewinnen, mißlang. So sank er von Stufe zu Stufe und kam endlich mit Berliner Verbrechertreibern in Berührung. Von seiner Gewohnheitszeit her kannte er viele Familien und mußte auch mit deren häuslichen Festlichkeiten, Geburtstagen und dergleichen Bescheid. Diese Kenntnisse nutzte er zu Einbrüchen aus. In der Nacht, wenn die Familienangehörigen und das Personal von der Festlichkeit ermüdet, fest schliefen, drückte oder schalt er eine Fenster-Locke ein, riegelte auf und stahl das Silberzeug, das bei der Feier gebraucht worden war und noch zur Hand fand. Die Beute brachte er, um sie zu Geld zu machen, nach der Schönhauser Straße, wo er mit Einbrechern und Hehlern schon bekannt war. Diese verstanden es zunächst, ihn schwer zu „trampeln“. Später aber ließ er sich das nicht

mehr gefallen und erhielt nun so viel, daß er gut leben konnte. Den größten Teil des Erlöses brachte er auf der Rennbahn und in Spielersalons durch. An einem Renntage allein verlor er 65 000 M. Kriminalkommissar Galsow und seine Beamten ermittelten den Missetaten in einem Lokal, in dem „Schwere Jungen“ zu verkehren pflegten und nahmen ihn fest. Er versuchte zunächst mit einem falschen Namen durchzukommen, legte endlich aber ein Geständnis ab und räumte 11 Einbrüche, darunter auch einen bei seiner eigenen Schwester, ein.

Das Ende der städtischen Kriegsverwaltungen.

Die im Sommer 1921 eingerichtete Abwicklungsstelle der Kriegsverwaltungen hat ihre Tätigkeit nach 1 1/2-jährigem Bestehen beendet. Sie hat den zur Erledigung ihrer schwierigen Aufgabe jederzeit angemommen Zeitraum von zwei Jahren nicht gebraucht. Die Zahl der Kriegskonten einschließlich der Unterkonten war ursprünglich 1597; am 1. Juli 1921 bestanden noch 976. Von den ehemaligen mit der Abwicklung der Beibehaltung eingerichteten Kriegsbetrieben sind nunmehr alle Zuschüsse erfordernden abgebaut. Das Gesamtergebnis der Kriegswirtschaft ist ein Fehlbetrag von 1 310 232 591,44 Milliarden Mark. Von dem Gesamtverlust gehen 580,55 Millionen Mark gemäß § 59 des VStB. zu Lasten des Reichs, 99,2 Millionen Mark sind aus laufenden Haushaltsmitteln, 100 Millionen Mark aus der Berliner Anleihe von 1920, 156,8 Millionen Mark aus Anleihen der früheren Borgortgemeinden, 365 Millionen Mark aus der 1 067-Milliarden-Anleihe der zentralen Verwaltung abgedeckt. — Die Zahl der nichtständigen Angestellten hat vom 1. Juli 1921 bis zum 30. September 1922 um über 4 000 abgenommen. Die Verminderung ist zum größten Teil auf den Abbau der Kriegswirtschaft zurückzuführen. Mit der Schließung und Abrechnung der außerhalb des Haushalts geführten Kriegskonten ist die erstrebte Einheitslichkeit und der erforderliche Ueberblick des Zentralhaushalts und der Bezirks Haushalte wiederhergestellt.

Die Arbeitslosigkeit steigt!

Aus dem Bericht über die Arbeitsmarktlage im Bezirk des Berliner Landesamts für Arbeitsvermittlung für die Woche vom 13. bis 18. November 22 ist folgendes zu entnehmen:

Arbeitsuchende gab es am 13. November 47 295 (davon 29 470 männliche und 17 825 weibliche). Neu arbeitslos meldeten sich: 17 675 (davon 10 251 männliche und 7 424 weibliche). In Arbeit traten: 18 500 (davon 9 786 männliche und 8 714 weibliche). So daß am 18. November noch 48 461 Arbeitsuchende (davon 29 905 männliche und 18 556 weibliche) gemeldet waren. Wirtin hat die Zahl der Arbeitslosen in einer einzigen Woche um nicht weniger als 1166 Personen zugenommen.

6500 Mark Miete pro Zimmer und Tag.

In der neuesten Nummer des „Grundbesitzers“, Organ des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine (Nr. 46 vom 19. November), wird behauptet, daß ein Mieter, der am Reichstanzlerplatz in einem Zentralheizungshaus eine Fünfzimmerwohnung bewohnt, zwei dieser Zimmer an einen Amerikaner zum Preise von je 1 Dollar pro Tag vermietet habe. Den Dollar zu 6500 M. umgerechnet, würde also der Amerikaner für seine beiden Zimmer pro Tag 13 000 M., pro Monat 390 000 M. Miete zahlen. Wenn man auch die Unkosten, die dem Mieter aus der Zentralheizung erwachsen, so hoch wie möglich veranschlagt, so können sie unmöglich genügen, um einen so gemöglichten monatlichen Mietszins zu rechtfertigen, und die Aufsichtsbehörde müte gut, dem Fall einmal nachzugehen. Vermutlich aber wird die Sache irgendwie einen Haken haben.

Die Untersuchungen der Gebrüder Werner bei dem Bankhaus Löwenberg sind jetzt so weit ausgeklärt, daß die Nachforschungen der Kriminalpolizei abgeschlossen und die Verhafteten dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden konnten. Die Gebrüder Werner, die in vollem Umfange geständig sind, hatten eine Reihe von Personen angegeben, die größere Beträge aus dem von ihnen veruntreuten Gelde erhalten hatten. Die Empfänger des Geldes konnten alle ermittelt werden. Wie sie zugeben mußten, hatten sie Beträge von 50 Dollar und mehr von Werner erhalten. Das Geld hatten sie größtenteils zur Anschaffung benutzt. Die dafür gekauften Sachen wurden beschlagnahmt.

Die neuen Milchpreise. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Vom Montag, den 27. November, beträgt wie bisher der Preis für Vollmilch 170 M. je Liter und für Rahm 62 M. je Liter.

Die Leitung des Verbandes der Pfandleiher Deutschlands teilt uns mit, daß keine Mitglieder nunmehr wieder Pfänder annehmen.

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vicki Baum.

„Nun denn: Meine Arbeiter schenken mir ihre Arbeit, Hebevoll und brüderlich, wie es in diesem Staat nicht anders sein kann. Ich schenke ihnen dafür, was sie brauchen und wünschen. Wo ist das Gesetz, das mir verbietet, Freundschaft zu empfangen und Wohlthat auszuüben?“

„Man wird deine Helfer von der staatlichen Zuteilung ausschließen, da sie ihre Arbeit dem einzelnen geben anstatt der Gesamtheit.“

„Um so besser,“ sagte Bernward, ging ab und begab sich an seinen Neubau, der kräftig wuchs.

Seine Arbeiter waren ergnügt. Sie hatten Dinge, die der Staat nicht geben konnte oder wollte. Sie bekamen gewürzte Kost, Reis, Kaffee, gesalzene Konserven, sie rauchten. Sie tranken Schnaps. Am Tag der Dachgleiche gab es zum erstenmal wieder Trunkene in den zerborstenen Rinnsteinen. Mehr: die Frauen trugen Kattunkleider, unwerthe Fähnchen, in Fabriken der Welt erzeugt, draußen irgendwo, jenseits der Grenze. Schon waren hundert Menschen wieder von der Erde weggewachsen, in ihren Wurzeln abgeschnitten. Nur hundert.

Linde strich Falten von Anselmus festiger Stirne.

Der Januar machte alle Menschen in den Hütten blau. Sie froren, nackte Tiere, die sie waren, unter dem grauem Nordhimmel. Das Paradies ist etwas südlicher gelegen, sagte Bernward zu Isabell, in der in dieser Zeit eine große Unruhe aufwachte. Nachts, aus seinen Armen weg, war sie verschwunden, unbegreiflich dem wollegepflasterten Haus, den seidenen Kleidern und Konfekttschachteln entwichen. Sie tauchte im Dorf auf wie eine kleine aufgestellte Flamme. Es wurde wärmer, wohin sie kam. Sie lachte die frierenden blauen Menschen aus, obwohl sie selbst blau war und jämmerlich froh. Kriecht in eure Betten, sagte sie; da ist es schön. Das taten sie. Alle Arbeit entschleifte in den durchfällten Häusern, in Dachluten sang der Wind wie durch Orgelpfeifen. Die Männer dachten, in welches Bett Isabell getrocknet sei und malten ihre Schenkel in die Luft, in den Hauch des Atems, den die Kälte verdichtete.

Anselmus grub sich ganz tief in die Linde ein, auf der Flucht vor sich. Sie legte seinen Kopf dicht unter ihr Herz,

da klopfte das Angeborene gegen seine Schläfen. Die Erde selbst, war ihm, vernahm er in ihrem tiefsten Herzschlag. Aber Träume nahmen ihn fort, warfen ihn in den heißen Wirbel unvergessener Glieder, Umarmungen, Gebärden. Er erwachte, flüsternde dem Dunkel den Namen zu: Isabell.

Linde lag neben ihm und atmete nicht, so tief tat es ihr weh. Wenn er am Morgen sie ansah, lächelte sie still. Er zögerte vor der Schwelle. Vielleicht lag noch einmal eine weinende nackte Frau vor seinem Haus.

Aber draußen war es leer, Frost hing vom Himmel, blaue Menschen gingen mit geschultertem Werkzeug zur Stadt. Anselmus schloß sich den Schweigsamen an.

Der Fluß war zugefroren. Zögernd froh Wagon auf Wagon vom Kohlenwert durch das Land bis zu den geleerten Magazinen. Schnee überwuchs die schwarze Radspur. Die Männer zerbrachen unter den Lasten. Siehe da — Bernward brach eine Koppel dampfender, breithüftiger Zugpferde von der Grenze. Er verlangte nichts dafür. Er schenkte sie sojagen dem Staat. Er bat um etwas Gastsfreundschaft für einige Fremde, Freunde, die ihn und die interessante Stadt besuchen wollten. Gewährt. Manche hielten Bernward für einen Wohlthäter. Bernward lächelte in sich hinein. Sein Hotel war fertig.

Es war ein Bauwerk vom guten alten Schlag geworden. Allen Komfort! besagten die Inserate, die Bernward in den Zeitungen der Grenzformalitäten durch den ergebenen unterzeichneten Besitzer. Eigene elektrische Anlage. Warmwasserleitung. Gute Küche. Gepflegte Weine. Rundfahrten in eigenen Kraftwagen. Eingehende Erklärung aller Sehenswürdigkeiten. Interessant. Bildend. Ganz gefahrlos.

„Die Welt ohne Sünde —“ stand oben auf den Inseraten. Das Auto hatte sich Familie zugelegt. Zu allen Tageszeiten rannten die Hypentöne durch das Land, ausgeföhren von Wagen der verschiedensten Größe und Formate, welche schlepten und schlepten. Die er. er Fremden kamen an, von Bernward in wohlgefälligen Worten empfangen und in pflichtgemäßem Uferweitszimmer geleitet. Seine hundert Menschen waren nun Kellner, Chauffeure, Hausknechte, Köchinnen, Buchfrauen, satt, gewärmt, abhängig gemacht durch ihre Ansprüche und eifrig dienend.

Eines Tages war auch Isabell wieder da, ein wenig ab-

gemagert aber schön und überaus lebendig. Sie habe die Monate hindurch bei Michael gelebt, in seiner Hütte, sagte sie, über die Schulter weg zu Bernward. Sie habe Michael geholfen, Ideen für das Haus der Freude finden. Er wisse nun, was Freude ist.

Bernward rieb ein wenig seine Zähne aneinander. „Er ist ja blind,“ sagte er.

„Er fühlt,“ sagte Isabell. Abends war ein Fest im Hotel. Isabell tanzte. Isabell konnte hundert Männer in Schwinde und Rausch tanzen. Bernward schleppte sie im Morgengrauen in sein Bett und spürte sich wie einen König und Herrv. Wenn er erwachte, standen an jedem Tage solche vor dem Haus, die bettelten um Arbeit, Aufnahme, Wärme und gutes Essen.

Kohle! schrie das ganze Land. Die Pferde konnten die Wagen nicht ziehen. Man zimmerte Schlitten. Die Schlittstunden wurden wieder erhöht. Leonhardt bekam täglich Ladungen von Zusammengebrochenen, Halberstücken, Herzklammen zugesandt. Christina, sobald sie wieder ein Kind erwartete, warf Leonhardt aus ihrer Hütte und schickte ihn wieder ins Bergwerk. Da stemmte er nun seine riesigen schweißigen Schultern gegen die Kohlenwände, arbeitete wie ein Rasender, sang dabei, blies in den Freizeiten auf einer selbstgefertigten Mundharmonika. Im Zehengelände wuchsen Kohlenhügel, von Pferd und Mensch und Schlitten nicht zu bewältigen.

Ein Staatsrat, bei dem Bernward lippensackend einen Vorschlag unterbreitete, eine durchaus umeignliche Idee, die angenommen wurde. Anselmus, niedergebrogene Menschen und Pferde vor Kohlenlasten gespannt sehend, küßerte selbst ein heiseres Ja. Porries, der rote überwachte Augen hatte, hob eine Hand, die von irgendeinem Experiment zerissen war und verhieß, daß es nur Uebergang sei. Er baute ihnen in die Luft hin ein seliges Land ohne Kohle. Das Problem, die Elektrizität der Luft zu verwerten, ist bald gelöst, sagte er. Das Wort Problem hatte in seinem Mund viele harte Kanten wie ein tausendflächiges Kristall. Dann stand Anselmus auf der schwarzen Halde, über die vielleicht einmal nackte Kinder gelaufen waren oder vielleicht auch nur der Traum einer Minute und er stieß seine Schaufel tief in den schwarzen lörrigen Orus, wie es Hunderte neben ihm taten, Freiwillige, die im Frost schwitzen.

(Fortsetzung folgt.)





